

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 1. Oktober 1898.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 80 S

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Handelskammern, Streik und Zuchthaus. — Die Kaiserrede. — Ginein in die Gewerkschaften! — Vom Schlachtfelde der Metallindustrie. — Feuilleton: Die Entwicklung des Baues großer Eisenbahnbrücken. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literarisches.

## Zur Beachtung.

### Zugang ist fernzuhalten:

- von Formern nach Bielefeld (Temperformer, Firma Wilhelm Kramer) Str., nach Burgsteinfurt, nach Düsseldorf D., nach Halle a. S. (A. Jacobi in Büschdorf b. S.) Str., nach Nürnberg, nach Ravensburg (Honer), nach Velbert, Hild. (Temperformer, Firma Maier u. Co., Inhaber Albert Fischer) St.;
- von Feilenhanern u. nach Breslau, nach Lübeck L., nach München-Gladbach, nach Völschappel-Dresden (Mehlhoje) M.;
- von Klempnern nach Cassel Str., nach Magdeburg L.;
- von Installateuren nach Magdeburg L.;
- von Schleifern nach Solingen-Fodye (Gottl. Hammesfahr) Str.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Cassel (Beck u. Senkel);
- von Schlossarbeitern nach Großsch (Schloßfabrik Ernst Stengler);
- von Metallschlängern nach Großschönau (Weber u. Büchhoff) M.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

## Achtung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Wir eruchen die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten, sich mit ihren nicht dringenden und weniger wichtigen Korrespondenzen, mit Materialbestellungen und Geldsendungen nach hier so einzurichten, daß sie damit nicht in die Zeit vom 1. bis 8. Oktober 1898 hineinkommen, da wir während dieser Zeit wegen Erweiterung und Renovation unserer Büroräume unsere Bureauzeit auf einige Stunden täglich beschränken müssen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

## Handelskammern, Streik und Zuchthaus.

Wenn das Streikweisen zu einem mehr oder weniger allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Nothstande geworden wäre, gegen den die Zuchthausstrafe die ultimo ratio (das letzte Mittel) wäre, so müßten sich hierfür auch in den Jahresberichten der Handelskammern, welche eine Art halbamtliche Vertretung von Gewerbe, Industrie und Handel den Behörden gegenüber darstellen, irgendwelche Beweise vorfinden, was aber nun nicht der Fall ist.

Vor uns liegen die für 1897 erstatteten und leider zumest erst in letzter Zeit, also sehr spät erschienenen Jahresberichte von 40 Handelskammern und beinahe ebenso viele aus dem Jahre 1896. In keinem einzigen dieser Handelskammerberichte ist eine Klage über „Streiknoth“ oder eine Forderung nach Streikverbot oder nach Zuchthausstrafe gegen den Streik enthalten! Begier können uns einwenden, daß den Handelskammern eben keine Frage über die „Streiknoth“ zur Beantwortung vorgelegen und sie sich deshalb auch nicht darüber geäußert hätten. Der Einwand wäre vollständig hinfällig. Die Handelskammern berückichtigen in ihren Jahresberichten alle einigermaßen

beachtenswerthen wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen, zu denen auch die Streiks gehören. Hätten sie sich nun irgendwo häufig und in drückender, schwer schädigender Weise geltend gemacht, so würden die Handelskammern, deren Mitglieder und Sekretäre durchwegs der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen, ganz selbstverständlich sich darüber geäußert haben. Daß sie eine besonders an sie gestellte behördliche Anfrage über etwaige „Streiknoth“ und etwaige Maßnahmen dagegen beantworten würden, ist klar und ebenso klar ist, daß die Antwort meistens so ausfallen würde, wie sie sich die Behörde wünscht, da eine solche Anfrage an sich eine bestimmte Tendenz bekundet, mit der die meisten Handelskammern unter allen Umständen einverstanden sind und weil ferner eine derartige behördliche Anfrage an die Handelskammern zugleich suggestiv wirkt, d. h. den Berichterstatter beeinflusst, so zu antworten, wie die Fragestellerin wünscht und erwartet.

Es ist aber klar, daß ein so gewonnenes Material nur geringen Werth hat und daß andererseits das von uns konstatierte Nichtvorhandensein irgend welcher Klagen in den Handelskammerberichten viel werthvoller und für die Beurteilung der in Betracht kommenden Verhältnisse viel wichtiger ist.

Die vorliegenden Berichte konstatiren durchwegs die im Jahre 1897 vorhanden gewesene blühende wirtschaftliche Prosperität, die zum Theil noch glänzender war als 1896, die stattgefundenen Weiterentwicklung der Industrie, ihre guten Aussichten für die Zukunft und verbreiten sich sodann über die in- und ausländischen Konkurrenz, über Zollverhältnisse, über Handelsverträge, über die industriefeindlichen Bestrebungen der Agrarier, über die vielfach schlechte wirtschaftliche Gesetzgebung, wie sie sich im Börjengesetz, im Verbot des Terminhandels, im Margarinegesetz, im Jammengesetz uim. bekundet. Verschiedene Industrien, so namentlich die Textilindustrie, hatten allerdings mit Schwierigkeiten zu kämpfen, aber diese waren nicht durch die Arbeiter- und Streikbewegung, sondern durch Ueberproduktion, durch die amerikanischen Zollserhöbungen, durch Störungen in Südamerika, durch die Wirren im Orient, durch die Entfesselung und Entwicklung der Konkurrenz in früheren Absatzgebieten, wo die einheimische Industrie selbst den vorhandenen Bedarf befriedigt, verursacht.

So schreibt die Handelskammer in Frankfurt a. M.: „Das Jahr 1897 war für Handel und Industrie unseres Bezirkes ein günstiges Geschäftsjahr, zum Theile noch günstiger als das vorausgegangene gleichfalls gute Geschäftsjahr 1896. In manchen Industriezweigen konnte der Nachfrage kaum genügt werden: fast alle Handelszweige hatten einen gesteigerten Absatz ihrer Waaren zu verzeichnen, viele auch bessere Preise. Auch jene Geschäftszweige, die noch über nicht lohnende Preiskonjunkturen zu klagen hatten, sondern meist einen gewissen Ausgleich durch die vermehrte Nachfrage. Nur vereinzelte Zweige, bei denen ganz besondere Verhältnisse, sei es die Ungunst der Ernte, sei es die schädigende Handelspolitik auswärtiger Staaten, sei es die Fortdauer früherer besonderer Mißstände, obwalteten, haben das Jahr 1897 wieder günstig beurtheilt; es gilt dies beispielsweise vom Weinhandel in Folge des schlechten Ausfalles der Weinernte, von dem Wollhandel, der Bandfabrikation und anderen Textilbranchen, ferner von Zweigen der chemischen Industrie in Folge der Zollserhöbungen in Nordamerika, von der Zuckersfabrikation in Folge der Zuckerssteuererhöhung, insbesondere der noch nicht erreichten internationalen Aufhebung der Zuckerausfuhrprämien, von der Herrenkleiderkonfektion, für welche der Export nach Südamerika von großer Wichtigkeit ist, in Folge der dortigen unruhigen Verhältnisse und ähnliches mehr. Am großen Ganzen

aber sind die Ergebnisse des Jahres 1897 durchaus günstige gewesen und man kann recht wohl von einer Fortdauer des wirtschaftlichen Aufschwunges sprechen, der sich schon seit einigen Jahren erfreulicher Weise in unserem Vaterlande geltend gemacht hat.“

Die Mannheimer Handelskammer berichtet: „Im Allgemeinen ergibt der Gesamteindruck ein befriedigendes Bild von der Thätigkeit des Handels und der Industrie und der Schifffahrt während des abgelaufenen Jahres. Ueberall herrschte reges Leben, auf vielen Gebieten, namentlich in der Industrie hat der am Ende des Jahres 1896 angezeigte Aufschwung unverkennbare Fortschritte gemacht. Auch die Aussichten für das kommende Jahr werden im Allgemeinen nicht ungünstig beurtheilt. An neuen Momenten von wesentlichem Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens hat es nicht gefehlt. Speziell über die Maschinenindustrie wird berichtet, daß die Nachfrage nach Lokomobilen und landwirtschaftlichen Maschinen der Industrie überreiche Beschäftigung gebe und daß auch die Preise befriedigend waren, obgleich auch der Nachfrage ein größeres Angebot gegenüberstand. Die Fabrik für Eisenbahnbedarf mußte die Arbeiterzahl erhöhen, um die vorliegenden Aufträge zu bewältigen. Der volle Betrieb für 1898 ist jetzt schon gesichert. Motorwagen fanden befriedigenden Absatz.“

Ferner heißt es in demselben Berichte: „Die Arbeiterverhältnisse haben sich nach den vorliegenden Berichten nicht ungünstig verändert. Lohnherabsetzungen sind überhaupt nicht gemeldet, Verminderung der Arbeiterzahl nur in einem Falle. Dagegen wurden in vielen Industrien mehr, zum Theil erheblich mehr Arbeiter eingestellt und die Löhne bewegten sich in ausgeprägter, wenn auch langsam steigender Richtung. Vertragsbruch ist auch dieses Jahr nur vereinzelt vorgekommen; die wenigen gemeldeten Fälle vermochten nicht das im allgemeinen notorisch gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu stören.“

Die Handelskammer in Bromberg konstatirt ein weiteres Wachstum der Industrie in ihrem Bezirke. Die Zahl der Betriebe ist von 3105 im Jahre 1896 auf 3206 im 1897 und die Zahl der Arbeiter von 29,910 auf 32,673 gestiegen, der gesammte Arbeitsverdienst von 14,80 auf 15,50 Millionen Mark.

Der Bericht des Verbandes der Handels- und Gewerbevereine in Oldenburg hebt die anhaltend gute Beschäftigung der Industrie hervor und macht sodann darauf aufmerksam, daß die Gründungsgeschäfte in der Berichtsperiode so stark gewesen sind, wie seit vielen Jahren nicht.

Die Handelskammer in Dresden gibt ein glänzendes Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklung eines der volkreichsten, kommerziell wie industriell höchst entwickelten Bezirke Deutschlands. Die Zahl der der Fabrikinspektion unterstehenden Betriebe stieg 1897 um 201, der Arbeiter um 9054; die Zahl der Ueberstunden betrug 445,064. Im Berichtsjahre wurden 14 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 11,21 Millionen Mark gegründet; ihre Gesamtzahl betrug 174. Das eingeschätzte steuerpflichtige Gesamteinkommen des Kammerbezirkes stieg um 6,58 Prozent; das Einkommen aus Gehältern und Löhnen um 7,06 Prozent, aus selbständigem Betriebe von Handel und Gewerbe um 7,92 Proz. Die von den sächsischen Staatsbahnen beförderte Gütermenge stieg um 6,53 Prozent.

Im Bezirk Zittau vermehrten sich die feststehenden Dampfessel um 3 Prozent, ihre Heizfläche um



5,3 Prozent, die feststehenden Dampfmaschinen um 3,7 Prozent, die Zahl der Pferdekräfte um 11,8 Prozent. Es wurde im verfloffenen Jahre über Mangel an Arbeitskräften geklagt.

Nach dem Berichte der Handelskammer in Bochum befand sich die deutsche Eisen- und Stahlindustrie wieder wie in den beiden vorhergegangenen Jahren im Großen und Ganzen in günstiger Lage. Der Geschäftsgang war fast durchweg sehr flott und wenn auch nicht die Verkaufspreise aller Erzeugnisse und Fabrikate zufriedenstellend waren, so erzielte dennoch die Mehrzahl der Betriebe gute und zum Theil höhere Gewinne als im Vorjahre.

Der allgemeinen günstigen Geschäftslage im Jahre 1897 entsprechend waren nach dem Bericht der bergischen Handelskammer zu Lennep auch im dortigen Bezirk die Ertragnisse der industriellen Anlagen und der in Handelsunternehmungen angelegten Kapitalien im Großen und Ganzen gute zu nennen. Insbesondere hatte sich die Kleineisen- und Stahlwaarenindustrie eines recht lohnenden Geschäftsganges zu erfreuen, der sich durch viele Neuanlagen, Vergrößerungen, durch den Zuzug von Arbeitern und das Steigen der Arbeitslöhne kennzeichnete.

Im Bielefelder Bezirk war die Geschäftslage ebenfalls eine gute, nur hatte die Textilindustrie unter den gedrückten Preisen zu leiden. Die Metallindustrie hatte außerordentlich gute Ergebnisse aufzuweisen; nach Kesseln, Dampfmaschinen und landwirtschaftlichen Maschinen war das ganze Jahr hindurch rege Nachfrage. Das Nähmaschinengeschäft war zwar im ersten Halbjahr flau, doch trat in der zweiten Jahreshälfte wieder sehr starke Beschäftigung ein.

Im Bezirk Münster, wo die Entwicklung im Allgemeinen eine sehr erfreuliche, war die Eisenindustrie bis zur vollen Ausnutzung aller Betriebe beschäftigt, so daß die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte Schwierigkeiten machte. Die rege Thätigkeit der Industrie und die mit den steigenden Löhnen gesteigerte Konsumfähigkeit der Arbeiterbevölkerung wirkte ebenfalls dahin, dem Kleinhandel einen guten Absatz zu verschaffen. Arbeitsgelegenheit war reichlich vorhanden. In einzelnen Industriezweigen des Bezirks war es schwer, die erforderlichen Arbeiter zu erhalten, da das rheinisch-westfälische Industriegebiet sehr viele Arbeitskräfte anzog. Die Löhne sind im ganzen Bezirk gestiegen.

Der Bericht der Handelskammer in Hagen konstatiert eine weitere Entwicklung der Kleineisenindustrie des Hauptgewerbes in den Bezirken Hagen und Schwelm, die seit 1894 stetig gewachsen ist. Die Erhöhung der Produktion ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der lange zurückgehaltene Bedarf der Staatsbahnen in ungewöhnlich starkem Maße zur Ausschreibung gelangt ist, und daß gleichzeitig eine neue Epoche des Bahnbauens durch die Entzweiung vieler Klein- und Lokalbahnen und elektrischer Straßenbahnen eintrat. Von Bedeutung war auch das Aufblühen der Fahrradindustrie, für die im Kammerbezirk große Mengen einzelner Theile hergestellt werden, und der Bedarf der stark beschäftigten Maschinensfabriken. Schließlich hat auch die in ganz

### Die Entwicklung des Baues großer Eisenbahnbrücken.

Die gewaltigen Fortschritte in der Erzeugung des Eisens in unserem Jahrhundert führten dazu, dasselbe für den Brückenbau verwertbar zu machen. Bereits ehe man so weit gelangte, brauchbare Profileisen herzustellen, war man in der Lage, so große Stahlfüße anzufertigen, daß man sich ihrer zu Brückenbauten bedienen konnte.

Aber welche Schwierigkeiten bereitete damals die Metallbearbeitung noch. Der 1874 im Alter von 85 Jahren gestorbene englische Ingenieur Fairbairn, der u. A. die eisernen Schiffe erfand, bezeugt z. B., daß noch im Jahre 1816 in allen englischen Maschinenfabriken sämtliche Vorrichtungen in Handarbeit bestanden. Man konnte damals weder Hobel-, noch Fräs- noch Bohrmaschinen, die Drehelbank und der Drillhohler waren in der Hauptsache Alles, was dem damaligen Mechaniker zu Gebote stand. Nähmaschinen, die jetzt eine so große Rolle spielen, hätte man damals, selbst wenn Plan und Zeichnungen vollständig vorgelegen hätten, gar nicht herstellen können. Alle Erfinder seiner Zeit suchten die Maschinen, die sie erdacht, eigenhändig ohne maschinelle Hilfe anzufertigen, wobei sie gewöhnlich vorher die dazu erforderlichen Werkzeuge zu erfinden und herzustellen hatten. James Watt, der Erfinder der Dampfmaschine, konnte seine erste Maschine nicht recht in Gang bringen, weil es an genauem

Deutschland sehr rege Bauhätigkeit der Kleinindustrie zahlreiche Aufträge zugeführt.

Im Handelskammerbezirk München-Grubbach lag die Textilindustrie darnieder, dagegen waren die Maschinenfabriken und Eisengießereien das ganze Jahr lebhaft und größtentheils mit gutem Erfolge beschäftigt. Stellenweise herrschte Arbeitermangel. „Das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern war fortdauernd ein gutes, so daß erhebliche Streitigkeiten nicht zu Tage getreten sind.“

Der Barmer Bezirk hatte nur ein mäßiges geschäftliches Durchschnittsjahr. In der Riemensindustrie gingen die Arbeitslöhne um 25 Prozent zurück!

Im Aachener Bezirk lag die Textilindustrie ebenfalls darnieder. Ferner heißt es im Berichte der Handelskammer: „Was die Arbeiterverhältnisse betrifft, so war zu konstatieren, daß im Landkreise, namentlich in der Hütten- und Kohlenindustrie fortgesetzt Arbeiter fehlten, während in der Textilindustrie Arbeitsangebot herrschte. Zur Beseitigung dieses Mißstandes werden Verbesserungen des Arbeitsnachweises, der Bau von Arbeiterhäusern und die Ausgestaltung des Kleinbahnnetzes empfohlen. Um den deutschen Wettbewerb zu kräftigen, wird neben einer verstärkten Handelspolitik die Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichtes vorge schlagen, die mit einer Einschränkung der Feste verbunden sein müßte. Große Hoffnungen knüpft der Bericht an die mit dem 1. Oktober ins Leben tretende Handelshochschule in Aachen.“

Der Kasseler Handelskammerbericht ist mit der Geschäftslage sehr zufrieden, auch mit den günstigen Ergebnissen (Gewinnen). Bezüglich der Maschinenindustrie heißt es: Insbesondere seien unsere großen gewerblichen Anlagen, die sich mit der Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen befassen, vollauf beschäftigt gewesen. Durch Anlage einer weiteren Eisenbahnwagenfabrik konzentrierte sich dieser bedeutungsvolle Industriezweig hier immer mehr. Aber auch den weiteren Maschinenbauanlagen habe das abgelaufene Wirtschaftsjahr reichliche Beschäftigung gebracht.

Im Berichte der Solinger Handelskammer wird über die Lage der Messerfabrikation geklagt, woran aber nicht die „Streiks“ schuld sind. Der Bericht sagt hierüber: „Was insbesondere die Schneidwaarenindustrie betrifft, so nahm das Inlandsgeschäft in Lagen- und Federmessern einen befriedigenden Verlauf, des Auslandsgeschäfts war in der ersten Hälfte des Jahres sogar sehr rege, kam aber plötzlich zum Stillstand, als durch die Dingley-Bill der amerikanische Markt verschlossen wurde. Dadurch sah man sich auf Europa, insbesondere auf Deutschland als Absatzgebiet beschränkt und mußte Abzweigungen zu Preisen machen, die kaum noch einen Nutzen ließen. Im Juni 1897, dem letzten Monat vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifs, war der Verkauf um etwa 50 Prozent gegenüber den vorangegangenen Monaten gestiegen. Am Schluß des Jahres hatte sich das Geschäft etwas gehoben, doch kam es beim Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges wieder vollständig ins Stocken. Gabeln,

Borrichtungen fehlte. Auch war er genötigt, sich ein zweckentsprechendes Werkzeug selbst herzustellen. Der erste Dampfzylinder, den Watt gossen ließ, zeigte sich unrichtig und war an dem einen Ende 5 Mm. weiter als am anderen. Ein guter Dampfzylinder darf aber in dieser Hinsicht keine Unterschiede über 1/2 Mm. zeigen. Und mit welchen Kosten waren damals alle Arbeiten verbunden! Whitworth, einer der ältesten Maschinenfabrikanen Englands, hebt hervor, daß das Polieren von Gußeisenflächen vor 50 Jahren, da diese Arbeit noch mit der Hand ausgeführt werden mußte, etwa 10 M. per Quadratfuß gekostet hat, während die heutige Metallhobelmaschine eine weit bessere Arbeit für 8 S. leistet.

Die erste größere gußeiserne Brücke ist, wie Oppert als historisch-technisches vom Eisenbrückenbau bemerkt, die von 1776—1779 erbaute Scherbrücke bei Colebrookdale in England, die 31 Mtr. Spannweite hat. Daneben ist die im Jahre 1814 von Rennie erbaute Southwarkbrücke über die Themse in London zu nennen, die den Fluß mit 3 Öffnungen von je 73 Meter Spannweite überbrückt. Das Gußeisen hat dann noch bis in die fünfziger Jahre in England als Baustoff für zahlreiche Brücken verschiedenster Form gedient. Auch in Deutschland ist Gußeisen in der ersten Zeit des Eisenbahnwesens für kleinere Brücken benutzt worden.

Sald indeß ging man zum Bau schmiedeeiserner Brücken über, um insbesondere die Anbrücke, welche

Lisch-, Schlacht- und Brodmesser waren von der Sperrung des amerikanischen Marktes weniger betroffen, doch brühte in dieser Branche die starke Konkurrenz. Rasirmesser hatten guten Geschäftsgang. Der Absatz in Scheeren nahm regelmäßigen Verlauf. Die ehemals für den Bezirk so wichtige Waffenfabrikation lag sehr darnieder, da es an größeren Aufträgen von Seiten der Militärbehörden fehlte. Die Sensenfabrikation lieferte trotz reicher Beschäftigung wegen der österreichischen Konkurrenz nur bescheidene Ergebnisse. Sägen hatten guten Absatz, insbesondere nach Rußland. Auch eine Reihe von Hilfs- und Nebengewerben hatte unter diesen Verhältnissen zu leiden. Andere Gewerbszweige wurden weniger in Mitleidenschaft gezogen, erfreuten sich zum Theil sogar eines recht günstigen Geschäftsganges, wie z. B. die Gußstahlfabrikation und die Messingwalzwerke. Auch schmiedbare Guß- und Kleineisendraaren fanden, bei allerdings weniger stetigen Verkaufspreisen als 1896, schlaunen Absatz. Der Baubeschlagsbranche ist der lebhafteste Aufschwung der Bauhätigkeit nicht so recht zu Statten gekommen. Die Lage der Fabrikation von nachtlösen Röhren und Fahrradtheilen wird in Folge starker Konkurrenz als sehr gedrückt bezeichnet.

Im Bezirk von Halle a. S. bestand die günstigste Geschäftslage, insbesondere für die Maschinenindustrie, die den Aufträgen nur knapp zu genügen vermochte. Die rege Beschäftigung hat durchwegs die Erhöhung der Arbeitslöhne zur Folge gehabt.

Verschiedene Berichte erwähnen Klagen der Unternehmer über Arbeitermangel, ein Beweis dafür, daß die Arbeiter doch nicht so schreckliche Bestien sein können, die man in's Zuchthaus sperren muß, wenn man ihrer immer noch mehr erwünscht; ferner erwähnen sie eingetretene Lohnerhöhungen, die offenbar ohne welterschütternde Kämpfe stattgefunden haben.

Die Handelskammerberichte, durchwegs Spiegelbilder der allgemeinen wirtschaftlichen und industriell-gewerblichen Verhältnisse, bieten nicht das mindeste Material für die Entrechtung der Arbeiter, für die Vernichtung des Koalitionsrechts und die Bedrohung des Streiks mit Zuchthaus und doch müßten sie, wenn bedenkliche Verhältnisse vorlägen, die Stellen zur Zusammentragung solchen Materials sein. Der Kaiser hat denn auch in Deenhäusen keinen anderen Grund für die gewünschte Zuchthausstrafe angegeben, als das von ihm vor Jahresfrist in Bielefeld gegebene Versprechen, daß Jeder mit den schwersten Strafen getroffen werde, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit hindert. Das ist gewiß auch ein Grund, aber ein Grund nur im Sinne des Hoc volo, sie jubeo: Dies will ich, so befehle ich!

### Die Kaiserrede

in Deenhäusen wird auch von der „Sozialen Praxis“, dem Organ des früheren Ministers v. Berlepsch, besprochen und dabei bemerkt:

„Wer wird sagen können, daß unser gesamtes Wirtschaftsleben in den letzten Jahren durch die Ausstände eine unheilvolle Schädigung erfahren habe? Unsere Großindustrie, unser Handel erfreuen sich seit

die Eisenbahnen in Bezug auf die Ueberbrückung größerer Flüsse stellen, zu befriedigen. In England entfalteten namentlich Brunel im Süden, Robert Stephenson und William Fairbairn im Norden ihre Thätigkeit, ersterer mit der Erbauung der Brücken über den Wye bei Chepstow 1849 und über den Tamar bei Saltash 1859, die beiden anderen mit der Brücke über die Menaistraße und der Conwaybrücke bei Bangor, die 1850 vollendet wurden.

Die Wye-Brücke hat 88,5 Mtr. Spannweite und besteht aus gebogenen Rohren von 2,75 Mtr. Durchmesser, an die mittels kreuzförmiger Hängestäbe und starker Ketten die 2,5 Mtr. hohen Fahrbahnträger angehängt sind. Die Brücke ist heute noch unverändert im Betriebe. Eine wesentlich vollkommenere Anordnung zeigt bereits die ebenfalls noch heute benutzte Tamarbrücke. Die beiden Flußöffnungen von 139 Mtr. Weite werden von einem parabolisch gekrümmten ovalen Rohre überspannt, dessen Köpfe 5,10 Mtr. und 3,58 Meter lang sind. Die Fahrbahn ist in ähnlicher Weise wie bei der Wyebrücke aufgehängt. Eine ganz abweichende Bauart zeigt die Britannia-Brücke über die Menaistraße, die 2 Öffnungen von 140 Mtr. und 2 von 70 Mtr. Weite aufweist. Hier nehmen Röhren rechtwinkligen Querschnitts im Innern die Fahrbahn auf; es sind deren zwei — eine für jedes Gleis — vorhanden, die als durchgehende Träger über die ganze Brückenlänge reichen und seitlich gegeneinander versteift sind. Decke und Boden sind zellenförmig ausgebildet.



geraumer Zeit einer Blüthe, die die höchsten Erwartungen übersteigt. In den führenden Gewerbezweigen sind große Streiks überhaupt nicht vorgekommen; seit dem rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreik von 1889 ist als gewaltiger Arbeitskampf nur der Hamburger Hafestreik 1896/97 zu verzeichnen, und dieser nimmt eine Sonderstellung ein. Eine lebhaftere Streikbewegung mit wachsenden Dimensionen ist eigentlich nur im Baugewerbe zu sehen; auch hierfür aber sind eigenartige Ursachen maßgebend.

Nachdem die „Soziale Praxis“ dann auf Grund der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erwähnt hat, daß die Streiks im Jahre 1897 einen Ausfall von rund 1 1/4 Millionen Arbeitstagen verursacht haben, fährt das Blatt fort:

„Gewiß eine beklagenswerthe Zahl! Aber selbst wenn sie die doppelte und dreifache Höhe erreicht hätte, so wäre das doch nur ein winziger Bruchtheil von den 1800 bis 2000 Millionen Arbeitstagen, die das Jahr bei 6 bis 7 Millionen Industriearbeitern hat. Ein einziger neuer Feiertag, der angeordnet wird, bewirkt mit dem Verzicht auf 6 bis 7 Millionen Arbeitstage einen größeren Ausfall als sämtliche Streiks, ganz zu schweigen von dem jahraus jahrein andauernden Verlust, den unverschuldete Arbeitslosigkeit veranlaßt: Bei 200 000 Arbeitswilligen, die keine Arbeit finden können, ergibt das die Summe von 60 Millionen verlorenen Tagen. Und wie wenig ist hier noch geschehen, um diesen Arbeitswilligen zu helfen!

Wie wenig ist aber überhaupt noch geschehen, um Streiks auf friedlichem Wege einzudämmen! Gibt es denn keine anderen Mittel als Repression, Polizeistock, Strafgesetze? Der in dem Gesetze über die Gewerbegerichte gemachte Anfang der Errichtung von Einigungsämtern ist nur sehr bescheidener Natur, aber es sind doch schon einige höchst erfreuliche Resultate erzielt worden. Der Reichstag hat sich für obligatorische Anrufung des Einigungsamtes bei Arbeitszweisten ausgesprochen. Auch in konservativen Kreisen wird der Gedanke von Schiedsgerichten sympathisch begrüßt. Die im Buchdruckgewerbe getroffenen Vereinbarungen zwischen den zu geschlossenen Organisationen vereinigten Prinzipalen und Gehilfen zeigen doch klar, daß ein friedliches Zusammengehen beider Parteien möglich ist. Die Ausbildung des unparteiischen Arbeitsnachweises gehört ebenfalls in dieses Kapitel. Selbst diese paar Andeutungen beweisen, wie reichhaltig die Rüstkammer bestellt ist, aus der Waffen zur Erlangung und zur Sicherung des sozialen Friedens für einsichtsvolle Staatsmänner zu holen sind. Freilich Polizeiverordnungen und Strafgesetze sind leichter zu entwerfen als organische Reformen!

Was aber den Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so stimmen wir der These, daß die persönliche Freiheit des Arbeiters, seiner Familie, des Arbeitgebers unter allen Umständen geschützt werden muß, rückhaltlos bei. Aber wir können uns keines positiven Falles erinnern, wo strafbare Exzesse und Ungehörigkeiten bei Streiks aus Mangel an Paragraphen des Strafgesetzbuchs oder an Polizeivorchriften ungeahndet bleiben mußten. Nach dem Landmannschen Kommentar zur Gewerbeordnung kommen zur Unterstützung des § 153 der Gewerbeordnung nicht allein die §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuchs, Nötigung, mit einer Höchststrafe von einem Jahr

die Seitenwände bestehen aus 15 Mm. starkem Blech. Die Höhe der Rohre beträgt an der höchsten Stelle über den Mittelpfeiler 9,15 Mtr. und nimmt nach den Enden auf 7,3 Mtr. ab, die Breite beträgt 4,3 Mtr.

Wald nach Vollendung der Britanniabridge stellte sich auch in Deutschland das Bedürfnis heraus, große Ströme im Zuge der Eisenbahnen zu überbrücken. Für die ersten bedeutenden Brücken diente die Britanniabridge als Vorbild, doch wurden ganz wesentliche Abänderungen getroffen. Decke und Boden fielen als tragende Glieder ganz fort, die Seiten wurden in ein engmaschiges Gitterwerk aufgelöst. Ueberhaupt wurde dieses zu jener Zeit für eine ganze Anzahl kleinerer Brücken verwendet. Wald ging man jedoch zu Fachwerkbrücken mit weiteren Feldern, auch zur Anwendung der Halb- und Ganzparabolträger über.

Als man damals (in der Mitte dieses Jahrhunderts) begann, an Stelle der vollwandigen Brückenträger Gitterträger zu konstruieren, machte sich der Mangel an geeigneten Vorrichtungen und Werkzeugmaschinen zur genauen Herstellung der Nietlöcher in störender Weise geltend. In Deutschland wurden die ersten derartigen Erfahrungen bei dem Bau der Weichselbrücke bei Dirschau gemacht, die in den Jahren 1850 bis 1857 errichtet wurde und 6 Öffnungen von je 121 Meter Weite aufwies. Ihr folgten in den Jahren 1857 und 1858 die Rogatbrücke bei Marienburg mit 2 Öffnungen von je 97,6 Mtr. und die Kluzigbrücke bei Offenburg mit 60 Mtr. Spannweite. Zu den be-

gefangnis in Betracht, sondern außerdem § 110, öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Gefängnis bis zu zwei Jahren, § 123 bis 124 Hausfriedensbruch, Gefängnis bis zu drei Monaten, § 125 Landfriedensbruch, Gefängnis nicht unter drei Monaten, § 126 Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, Gefängnis bis zu einem Jahre, § 127 bewaffnete Zusammenrottung, Gefängnis bis zu zwei Jahren, § 130 Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten, Gefängnis bis zu zwei Jahren, endlich die bekannten §§ 185 bis 187 Beleidigung und Verleumdung, Gefängnis bis zu zwei Jahren, dazu treten dann natürlich noch die ganze Reihe von Paragraphen, die von Körperverletzungen u. s. w. handeln. Und wenn auch die That an sich die gleiche sein mag, so ist doch die Gesinnung, aus der streikende Arbeiter gegen ihre fortarbeitenden Kameraden sich vergehen, eine wesentlich andere, als diejenige, der die aufgezählten Straftaten sonst meist entspringen. Solidarität, Gemeingefühl, Genossenschaftsbewußtsein sind Grundlagen unseres ganzen gesellschaftlichen Lebens. Der Soldat, der Beamte, der Arzt, jeder Berufsstand hält es für seine höchste Ehre, sie zu wahren; wer gegen sie frevelt, verfällt der sozialen Achtung, die ihn oft von Brod und Heimath treibt. Wir verdammen jeden Terrorismus bei Streiks, aber ehrloser Gesinnung entspringt er nicht! Und gerade diese soll doch das Zuchthaus treffen!

Und bedürfen denn die Arbeitswilligen einen Schutz ausschließlich vor streikenden Arbeitern? Wir wissen doch, daß „schwarze Listen“ nichts Seltenes sind und mit tödtlicher Sicherheit den gezeichneten Arbeitsunwilligen verfolgen. Es ist doch nichts Neues, daß Entlassungen von Arbeitern stattfinden, die trotz tüchtiger Leistungen sich wegen ihrer politischen Gesinnung mißliebig gemacht haben. Arbeitgeberverbände sperren Hunderte und Tausende von schuldlosen Arbeitern aus, weil einige ihrer Genossen streiken. Und Unternehmer verhängen Bonkotts über Kollegen, die nicht mit ihnen gehen. Wir haben noch nichts davon gehört, daß derartige Beschränkungen der persönlichen Freiheit von staatlichen Organen verfolgt worden sind. Das aber ist gerade der wundeste Punkt in der heutigen Sozialpolitik, daß sich in immer weiteren Kreisen die Ueberzeugung festsetzt, es herrsche ungleiches Maß und Gewicht in der Behandlung von Unternehmern und Arbeitern.

Auch Pfarrer Raumann schreibt in der „Hilfe“ zur Kaiserrede u. A.:

„Es gab früher ein Wort, daß Niemand ein reicher Mann werden könne, ohne mit dem Nermel das Zuchthaus zu streifen. Künftig wird es heißen: Niemand kann Arbeiterführer sein, der nicht mit dem Nermel das Zuchthaus streift, denn Niemand kann überhaupt in Arbeiterfragen thätig sein, ohne gelegentlich auch einmal zum Kampfe aufzufordern oder gegen „Arbeitswillige“ zu sprechen. Man stelle sich doch genau vor, wie es mit diesen Arbeitswilligen beschaffen ist. Es kann sein, daß sie die besten, erfahrensten Leute eines Betriebes sind, aber sehr oft sind es die halben Kräfte, die faulen und halbfaulen Stunden, die sich auf Streikgelegenheiten stürzen wie die Geier aufs Aas, Menschen ohne Korpsgeist und Ehrgefühl, die nur den hohen Lohn der Streikbrecher einheimen wollen, um dann wieder zu verschwinden. Man denke nur an das Menschenmaterial, das beim Hamburger Streik arbeits-

kanntesten Gitterbrücken derselben Zeit zählt die Brücke über den Rhein bei Köln, die 4 Öffnungen von je 98,2 Mtr. Spannweite besitzt. Ihre Ausführung ist von dem Obermaschinenmeister Weidmann überwacht worden und darf in Hinsicht auf Sorgfalt und Genauigkeit noch heute als Muster gelten. Und das will um so mehr sagen, als, wie oben angedeutet, die Hilfsmittel der damaligen Zeit recht mangelhaft waren. Die Schwierigkeiten, die damals bei solchem Brückenbau auftraten, sind in anschaulicher Weise von Weidmann selbst in einer Aufzeichnung beschrieben und der folgende Auszug aus der Ing.-Zeitschr. dürfte für Jeden, der jemals in der Praxis die Schwierigkeiten der Herstellung einer für derartige Zwecke notwendige Genauigkeit aller Metalltheile kennen gelernt hat, hohes Interesse haben. Im Frühjahr 1856 übernahm Weidmann neben seiner Stellung als Obermaschinenmeister die Ausführung des Eisenwerkes der Kölner Rheinbrücke, weil bei dem damaligen Stande der rheinischen Industrie kein Privatwerk genügendes Vertrauen in Bezug auf gute Ausführung erweckte. Der Bau der Brücke wurde von dem Wasserbauinspektor Lohse geleitet, von dem auch der Entwurf für das Eisenwerk herrührte.

Für die Ausführung der Eisenarbeit wurden dicht bei Bahnhof Dortmund im Laufe des Jahres 1856 und Anfangs 1857 nach Weidmann's Entwurf besondere Werkstätten gebaut. Die beim Bau der Dirschauer Brücke gemachten Erfahrungen wurden verwertet,

willig war! Die Volksgesundheit hängt aber in erster Linie von dem Gedeihen der guten, regelmäßigen, gelehrten Arbeiter ab. Diese stehen oft, wenn einmal Streik vorhanden ist, im Kampf. Soll über ihnen gerade ein besonderer Zuchthausparagraph schweben?“

### Sinein in die Gewerkschaften!

Die Kaiserrede in Deynhausen läßt keinen Zweifel mehr aufkommen, daß die Regierung den Versuch machen will, den Lieblingsgedanken der Stumm und Konjorten, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen, zur That werden zu lassen. Auf solche Versuche kann es aber seitens der Arbeiter nur eine Antwort geben: Masseneintritt in die Organisationen. Alle organisierten Arbeiter müssen mit allem Eifer thätig sein, die noch den Organisationen fernstehenden Berufs- und Klassenangehörigen anzusprechen, endlich auch das zu thun, was ein Theil schon längst gethan hat: Mitglied zu werden ihrer jeweiligen Gewerkschaft und sich der allgemeinen Arbeiterbewegung mitwirkend anzuschließen.

Wohl hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, aber sie ist doch noch nicht so erstarkt, daß man davon befriedigt sein kann. Sie muß rascher vorwärts kommen, die Trägen und Säumigen müssen aufgerüttelt werden, sie müssen gewonnen werden zur Mitarbeit am Organisationswerke. Hierzu ist gerade jetzt die beste Gelegenheit, die Agitation ist ausfiichtsvoll. Wo Gefahren sind wächst der Muth!

Und von Gefahren ist der Arbeiter, ist die Arbeiterin, ist der Kollege und die Kollegin bedroht. Die Gegner rüsten sich auf allen Seiten, um das Wischen Koalitionsrecht den Arbeitern zu nehmen, Versuche zur Besserstellung ihrer Lage mit möglichst harter Strafe zu belegen. Auf dem 13. Delegirtenstag des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zu Breslau wurde die Gründung eines großen Arbeitgeberbundes beschlossen und der Gedanke erwogen, im Falle eines Streiks durch eine vierwöchige Aussperrung aller Arbeiter des betreffenden Gewerbes in Deutschland die Widerstandskassen der Gewerkschaften zu sprengen. Gleichzeitig soll versucht werden, den Arbeitern die Arbeitsvermittlung aus der Hand zu winden.

Am 5. September tagte in Leipzig eine vom Hamburger Arbeitgeberbund einberufene Arbeitsnachweiskonferenz, die von allen größeren Unternehmerverbänden auch Oesterreichs und von mehreren Handelskammern besichtigt war. Dort wurde offen ausgesprochen, daß ein Druck auf die Arbeitsuchenden ausgeübt werden müsse, um die Böde von den Schafen zu sondern. Die Arbeitsvermittlung sei ein so feines Ding, erfordere so viel Spezialkenntnisse und Spezialrücksichten, daß nur die Unternehmer im Stande seien, sie zu leiten. Die Konferenz nahm, um dem „Ansturm der von der Sozialdemokratie verhetzten Arbeitermassen“ zu begegnen, eine Resolution an, wonach „im Interesse des Groß- und Kleingewerbes der Arbeitsnachweis von den Unternehmern zu organisieren und zu handhaben ist“.

Wir haben auch gehört, daß mit Zuchthaus bestraft werden soll, wer einen Anderen an freiwilliger

auch viele der dabei benutzten Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, namentlich Lochmaschinen und Scheeren weiterbenutzt. Einige Werkzeugmaschinen, besonders Fraismaschinen, wurden bei dem damals besten Werkzeugfabrikanten Whitworth in Manchester nach Weidmann's Entwürfen bestellt; Bohrmaschinen, maschinelle Einrichtungen usw. wurden in der eigenen Werkstätte, der Maschinenwerkstätte der Köln-Mindener Bahn angefertigt. Die Lieferung des Eisens wurde einem neuen Werke, der Steinhäuser Hütte, übertragen; die Abmessungen — heute gewöhnliche Handelswaare — erreichten damals die Grenze der Leistungsfähigkeit, es war durch die Rücksicht hierauf schon der ganze Entwurf beeinflusst.

Bei der Anfertigung der Brücke wurde die äußerste Sorgfalt verwendet, um auch Fehler zu vermeiden, die durch Temperaturunterschiede veranlaßt werden können. Alle Stirnkanten der Gurtungsplatten wurden auf peinlich genaues Maß gefräst, ebenso die Längskanten der senkrechten Platten, damit an der fertigen Brücke eine genaue gerade wagrechte Linie über die ganze Länge gebildet werden konnte. Die wagerechte Gerade wurde anstatt der später vielfach üblich gewordenen Ueberhöhung deshalb gewählt, weil es das einzige Verfahren zur Erzielung sicherer, in jeder Beziehung guter Arbeit ist. (Schluß folgt.)



Arbeit hindert oder zur Arbeitsniederlegung „reizt“. Sind das nicht Gefahren, die abzuwenden der Arbeiter alle Ursache hat?

Die Abwendung kann aber nur geschehen, wenn die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert ist, wenn sich also die noch Fernstehenden den Gewerkschaften anschließen.

Kufe deshalb jeder Verbandsangehörige seinen noch nicht der Organisation beigetretenen Kollegen zu: Sinein in den Verband!

**Vom Schlachtfelde der Metallindustrie.**

Die Eingabe des bergbaulichen Vereins an den Minister Drefeld, die sich gegen die Forderungen der Bergarbeiter auf erhöhten Schutz richtet, erfährt in der gesamten Presse eingehende Kritik. In der Eingabe kommt der brutal kapitalistische Ton so stark und ohne alle verwehrende Begleitung zum Ausdruck, daß nur wenige Blätter es wagen, dieselbe zu vertheidigen. Die Unfälle im preussischen Bergbau sind nachgerade unheimlich berühmt geworden. Schon oftmals ist seitens der Arbeiter, besonders auch durch die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ nachgewiesen worden, daß die Massenunglücke sowohl als auch die kaum noch erwähnten Einzelfälle zum größten Theil auf die seitens der Verwaltungen verschuldeten Nichtbeachtung der bergbaupolizeilichen Vorschriften zurückzuführen sind.

Die Sucht nach hohen, immer höheren Dividenden zeitigt eine Mißachtung der Arbeiterleiber, die immer grenzenlosere Unglücke heraufbeschwört. Die Arbeiter fordern daher verschärfte Grubenkontrolle und zwar durch Schaffung eines unteren Aufsichtsinstrumentes: Hilfskontrolleure aus den Reihen der Arbeiter. Nur ein durch Profitgier vollständig abgestumpftes Kapitalistenherz kann sich angesichts des durch die Grubentatastrophen hervorgerufenen Elends gegen eine solche Forderung sträuben. Und man sträubt sich! In der Eingabe des Vereins mit dem langen Namen werden gegen die Forderungen nach Hilfskontrolleuren technische und politische Bedenken erhoben. Bei der Begründung der Bedenken kommt eine Unberührtheit zu Tage, die nur aus sich überhebender Kapitalismacht geboren werden kann. Die Arbeiter, die schon mehrmals die Grubentatastrophen, auch die letzte auf Zeche „Gustav“ bei Essen auf Grund ihrer langjährigen Praxis vorausgesehen, sollen sich nicht die Qualifikation als Hilfskontrolleure durch praktische Arbeit aneignen können! — Thatsache ist aber, daß die Werkbesitzer fürchten, durch die eventuell anzustellenden Hilfskontrolleure ihre Mißachtung der Vorschriften an's Licht gezogen zu sehen. Eine schärfere Kontrolle der Gruben könnte den Dividenden etwas Abbruch thun, darum werden die Arbeiter mißkreditirt. Das sind die technischen Bedenken! Aber das genügt nicht. Um dem Minister grüßelig zu machen, läßt man unter politischen Bedenken die Sozialdemokratie als Popanz aufmarschieren. Weil die Sozialdemokratie die Forderung nach verschärfter Grubenkontrolle befürwortet und nach Meinung der Werkbesitzer alle Maßnahmen, die von der Sozialdemokratie gutgeheißen werden, deren Ausbreitung fördern, — so soll die Bergarbeiterforderung abgelehnt werden. Da die Sozialdemokratie alle Maßnahmen, welche das Leben der Arbeiter schützt und ihre wirtschaftliche Lage verbessert, gutheißt, so ist die Konsequenz des Unternehmerstandpunktes: die ungehinderte Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiter ist das beste Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie. . . . Darnach handelt man! Rücksichtslos ist die kapitalistische Brutalität wohl noch nicht zum Ausdruck gelangt!

Aber die Herren vom „bergbaulichen Verein“ lassen es dabei noch nicht bewenden. Sie sprechen die Befürchtung aus, daß, wenn man den Bergarbeitern die Forderung nach gewerblichen Aufsichtsbeamten aus den eigenen Reihen zusage, dann die anderen Berufe mit derselben Forderung folgen würden.

Woher diese Furcht? Haben die Herren Grund, eine solche Befürchtung zu hegen? Wir sagen ja! Und gerade die Metallarbeiter sind es, die sich etwas näher mit dieser Materie zu befassen allen Grund haben. In der Eingabe wird ganz besonders auf die Gefährlichkeit des Bergbaues verwiesen. Es wird gesagt, . . . „daß sich durch keinerlei Maßnahmen die Unmöglichkeit, eine volle Bürgschaft für die Sicherheit der Bergwerke zu übernehmen, beseitigen lasse.“ Daß die Bergarbeiterschaft ganz besondere Gefahren in sich schließt, steht unbestritten fest. Entgegen der Behauptung der Leute vom „bergbaulichen Verein“ steht aber auch fest, daß sich sehr viele Unglücke vermeiden ließen. Doch dies wollen wir nicht nachweisen. Für was kommt es hier darauf an, ausdrücklich zu konstatieren, daß die Unternehmer die besondere Gefährlichkeit

des Bergbaues hervorheben, dabei aber vor verschärfter Fabrikinspektion eine ganz verächtliche Furcht zeigen.

Sehen wir zu, warum. Nach dem Berichte der Berginspektion pro 1897 entfallen auf 1000 der beschäftigten Bergleute Unfälle im Bezirk: Ost-Essen 120, West-Essen 174, Süd-Essen 84, Werden 90; im Durchschnitt 117.

Wie sieht's bei den Fabrikarbeitern aus? Nach den Berichten der Gewerbeinspektoren entfielen im Regierungsbezirk Düsseldorf auf je 1000 Arbeiter 1895: 54,3, 1896: 57,4, 1897: 59,5 Unfälle.

Im Inspektionsbezirk Duisburg-Essen dagegen mit überwiegender Metallindustrie 1895: 125, 1896: 133,20, 1897: 141,10.

Die Zahl der in der Metallindustrie des Bezirks Duisburg-Essen Verunglückten übersteigt also die der im gefährlichen Bergbau um ein ganz Bedeutendes. Daß die Unfälle vornehmlich auf die Metallindustrie entfallen, finden wir zum Ueberfluß im 1896er Bericht bestätigt. Dort sagt der Inspektionsbeamte, daß von den . . . „zur Rheinisch-Westfälischen Berufsgenossenschaft gehörenden Arbeitern auf je 1000 entfallen in Düsseldorf 246,09, in Duisburg 200,54 Unfälle.“ Und im 97er Bericht heißt es, daß die Zunahme der Unfälle . . . „allein auf die Bezirke mit vorwiegender Eisenindustrie entfällt.“ Auch den Grund dieser Erscheinung weiß der Beamte anzugeben. „Seit 2 1/2 Jahren“ klagt er, dauert in Folge der fortgesetzten Ueberarbeit die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 12—12 1/2 Stunden.“ Ueberanstrengung und Uebermüdung sind ihm „ausreichende Erklärung“ für die hohe Zahl der verletzten Arbeiterleiber.

Hier sind aber nur die direkt in's Auge fallenden Folgen der übermäßigen Ausnutzung der Arbeiter angeführt. Wie mancher Arbeiter, der zwar von einem Unfälle verschont bleibt, geht, weil er sich bei den Industrieförönigen zu sehr abfinden muß, frühzeitig zu Grunde. Thatsächlich liefert die Eisenindustrie die meisten Tuberkulosekranken. Und ist dies ein Wunder? Wer die oft mangelhaften Werkstätten kennt, dazu die unmenßliche Anspannung in den Walz- und Bessmerwerken, der wundert sich höchstens, daß die Arbeiter solche Ausbeutung widerstandslos ertragen.

Vielleicht ist es die Widerstandlosigkeit dieser Leute, welche zu den gewagten „politischen Bedenken“ der „Bergbaulichen“ gereizt hat. Die übermäßig lange Arbeitszeit läßt diesen Armen keine Zeit zum Nachdenken über ihre Lage, die ungeheure Anspannung ihrer Kraft läßt sie stumpf und dumpf werden, sie kennen nichts als Arbeit und Schlaf. Die Einnahme der Nahrung unterbricht ihre Thätigkeit kaum um Minuten. So leben sie dahin, die reinen Arbeitsthiere, Ideale der Fabrikpächter!

Waren dies die Erwägungen bei Abfassung der Eingabe an den Minister Drefeld? Wir wagen es zu glauben! Dachte man auch an die ungeheure Zahl der Unfälle, welche weniger gefährliche Fabrikarbeit gegenüber der Bergarbeit liefert? Dachte man daran und war die Befürchtung, daß auch hier ein Halt dem Massenmord geboten werden könnte, die Triebfeder des Unternehmerstandpunktes? Obwohl Finanzrath Senke der erste Unterzeichner der betreffenden Eingabe und auch Vorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Berufsgenossenschaft ist, scheint uns das kaum glaublich. Auf jeden Fall haben die Herren eine Anklage gegen sich selbst erhoben, die an Furchtbarkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Metallarbeiter aber haben den zwingenden Nachweis, wie notwendig es ist, daß sie sich ganz energig für erhöhten Schutz ihrer Leiber bekümmern.

Von Kapitals Gnaden ist nichts Gutes zu erwarten. Selbst müssen wir die Vertretung unserer Interessen in die Hand nehmen. Das können wir aber nur, wenn wir eine Macht repräsentieren. Eine Macht aber können wir nur aufwieken in und durch die Organisation.

Darum, ihr Metallarbeiter, die ihr Euch selbst schützen, Eurer Familie und der Gesamtheit Euch erhalten wollt, hinein in den Deutschen Metallarbeiterverband. Seid Ihr alle organisiert, dann helfen keine Eingaben mit „technischen“ und „politischen“ Bedenken mehr. Man wird Euch auch noch hören.

Esien. W. D.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**  
Nachdem es schon mehrfach vorgekommen ist, daß Mitglieder, die Ersatzmitgliedsbücher für verlorene oder sonst abhanden gekommene Mitgliedsbücher hier bestellt und dann bei der die Bestellung bezugenden Ortsverwaltung nicht abgeholt haben, und nachdem ein Theil der Ortsverwaltungen mit dem Bezahlen und Berechnen der bezogenen Ersatzmit-

gliedsbücher so lässig ist, daß von Quartal zu Quartal immer eine größere Anzahl als Restanten übertragen werden muß, machen wir an dieser Stelle bekannt, daß wir die Ausfertigung von Ersatzmitgliedsbüchern von jetzt ab von der vorherigen Einzahlung des Betrages (für die Ausfertigung 20 -) und das Porto für Zuführung des Erbschindes ebenfalls 20 -) abhängig machen werden.

Da die Bestellung eines Ersatzmitgliedsbuches der ziemlich umfangreichen dazu erforderlichen Angaben wegen ohnehin meistens brieflich erfolgt, macht es den Besteller gar nichts aus, wenn sie den Betrag in Briefmarken beifügen, während uns durch Führung einer besonderen Restantenliste, durch öfteres Umschreiben derselben, wenn sie durch Herausstreichen der Zahler unübersichtlich geworden, und durch das Nachschlagen derselben bei Eingang von Geldsendungen und bei Durchsicht der Abrechnungen sehr viel unnötige Arbeit erwächst.

Also nicht Bureaucratie oder Haug zur Vermehrung der schriftlichen Arbeiten, wie einzelne naive Briefschreiber annehmen, sondern Vereinfachung der Bureauarbeit nöthigt uns zu dieser Maßregel.

Wer gleich bezahlt, vergißt es nicht.  
In Zukunft erhält also nur derjenige Besteller ein Ersatzmitgliedsbuch, der die Kosten desselben bei der Bestellung erstattet.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 103393 des Schlossers Peter Schumann, geb. zu Mosbach am 2. 11. 1865.
- 133127 des Schlossers Wilhelm Westerheide, geb. zu Gadderbaum am 19. Mai 1866.
- 151839 des Schmieds Otto Emil Paul Kraepf (?) geb. zu Gruenewald bei Guben am 20. Dezember 1862.
- 231359 des Schlossers Otto Weißgerber, geb. zu Niemburg am 28. September 1873.
- 245757 des Klempners Fritz Schwebach, geb. zu Langen am 5. Juni 1878.
- 251276 des Schlossers Albert Lindner, geb. zu Merseburg am 22. Juni 1876.
- 257516 des Schlossers Karl Mann, geb. zu Bobositz am 6. Januar 1879.

Der Zingießer Mois Hedenstaller, geb. zu Moding am 21. Juni 1865, ausgesprochen im Dezember 1894 wegen Veruntreuung der Verwaltung in Regensburg gehöriger Gelder (Nr. 51 der „D. M.-Ztg.“ vom 29. Dezbr. 1894) wurde durch Versehen der Verwaltungsstelle Breslau am 8. August 1897 unter Buch Nr. 231182 in den Verband aufgenommen. Da diese Aufnahme selbstverständlich unzulässig ist, werden die Verwaltungen ersucht, zur Rückgängigmachung der Aufnahme Hedenstaller das Buch Nr. 231182 abzunehmen und nach hier einzusenden.

Der Feilenhauer J. M. J. Thiel, geb. zu Altona am 16. November 1869, eingetreten am 10. Juli 1897 auf Buch Nr. 1897, welcher in Flensburg das Amt eines Bezirksstellers bekleidet und als solcher abzurechnen unterließ, wird hierdurch zur Abrechnung aufgefordert. Die Verwaltungen, die etwas über seinen Aufenthalt wissen, werden ersucht, denselben nach hier mitzutheilen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160II**, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

**Der Vorstand.**  
Die Mitglieder Hermann Manigel, Schmied, geb. zu Wittstock am 24. Juni 1855, und Theodor May, Former, geb. am 23. April 1867 zu Waldenburg, werden gebeten, ihre Adressen an H. Langheim in Landsberg a. d. Warthe, Friedrichstraße Nr. 58, gelangen zu lassen. Verwaltungen, Bevollmächtigte und Mitglieder, denen die Adresse der Obigen bekannt ist, werden um Angabe derselben gebeten.

**Korrespondenzen.**

**Formet.**  
Helbert. In der Gießerei von Maier u. Co. (Inhaber Albert Fischer) ist am 16. September ein Streik der Temperformer ausgebrochen. Herr Fischer fühlte das Bedürfnis, zwei organisierte Kollegen mir nichts dir nichts auf die Straße zu werfen, weshalb die anderen organisierten Kollegen vor ca. 5 Wochen die Sperre verhängten und 10 bis 12 jüngere Former die Arbeit kündigten. Als die Kündigungskräfte abgelassen und noch keine Einigung erzielt war, kündigten die anderen, verheiratheten Kollegen, deren Zeit am 16. September auch abgelaufen war. Jetzt arbeitet noch ein mit einem Revolver ausgerüsteter „Arbeitswilliger“, welcher vor einigen Tagen Schießübungen veranstaltet hat, und einige jugendliche Arbeiter. Von den Formern sind verschiedene abgereist, die anderen haben, trotz schwarzer Liste hier schon Arbeit erhalten, so daß, wenn Herr Fischer nicht bald die Hand zum Frieden reicht, seine früheren Temperformer alle Arbeit haben. Mögen die Arbeiter von Helbert hieraus die Lehre ziehen, daß sie Alle der Organisation beitreten müssen, damit wir im Kampfe vereint bestehen. Die Parole sei also: Sinein in die Organisation!

**Klempner.**  
Frankfurt a. M. Am 18. September tagte eine öffentliche Versammlung der Spengler und Installateure im Saale zum Erlanger Hof. Genosse Brand hielt einen Vortrag über: „Zustand und Koalitionsrecht“. Redner führte in kurzen Zügen aus, welche Gefahren den Arbeiter bedrohen, wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte. Unter „Beschiedenes“ wurden die Mißstände in der Werkstätte von Anst. von einigen Rednern einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders soll der Werkführer Kontaktin sich den Arbeitern gegenüber sehr verletzend benehmen; so laufen fortwährend Klagen ein über seine spitzfindigen Redensarten



den Kollegen gegenüber. Mehrere der besten Arbeiter, welche schon längere Jahre bei der Firma beschäftigt waren, hätten deshalb das Geschäft verlassen. Charakteristisch ist auch ein in letzter Zeit vorgekommener Fall. Einem Drücker, welcher schon mehrere Jahre zur größten Zufriedenheit des Herrn Knobt gearbeitet hatte, kam Herr Konstantin wegen einem mißlungenen Drucktheile so schroff und beleidigend entgegen, daß er zu Herrn Knobt ging, um sich darüber zu beklagen. Da der Kollege aber nicht zu seinen Rechten kommen konnte, zog er es auch vor, das Geschäft zu verlassen. Es wäre wohl dem Herrn Werkführer sehr zu empfehlen, das Buch Knigge's „Umgang mit Menschen“ in seinen Musthestunden zu studieren. Auch wurde noch von verschiedenen Rednern das Alfordsverhältnis bei der Firma näher beleuchtet; soll es doch keine Seltenheit sein, daß Kollegen, trotzdem sie auf die betreffende Arbeit eingeweiht waren, nur 12  $\text{M}$  die Woche erzielten. Hiergegen gibt es nur ein Mittel: die Macht der Arbeiterklasse, so eng uns auch die gesetzlichen Grenzen noch gezogen werden sollen, muß entfaltet werden. Unsere Organisation muß immer weiter ausgebaut und die Aufklärung unserer Kollegen gefördert werden, damit sie erkennen, welche Macht in der Solidarität der Arbeiter liegt, und wie die Anwendung dieser Macht zum Wohle der ganzen Menschheit möglich ist.

**Magdeburg.** Am 17. September fand eine öffentliche Versammlung der Kleinpauer Magdeburgs statt, die sich mit den Unterhandlungen der Zinnungsgefellenskommission mit der Meisterkommission beschäftigte. Bekanntlich hatten die Kleinpauer an ihre Meister folgende Forderung gestellt: 1) Festsetzung eines Mindest-Stundenlohnes von 37 $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ ; 2) 5  $\text{M}$  Zuschlag auf alle in dieser Höhe und darüber bereits gezahlten Löhne; 3) Mindest-Stundenlohn bei Installationsarbeiten von 40  $\text{M}$ ; 4) Lohnzuschlag pro Stunde nach Feierabend 10  $\text{M}$ ; 5) Desgl. pro Stunde an Sonn- und Festtagen 20  $\text{M}$ ; 6) Lohnzuschlag pro Tag bei Arbeiten außerhalb Magdeburgs über 8 Kilometer Entfernung 2,50  $\text{M}$ ; 7) Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend um 5 Uhr Nachmittags. An Tagen vor hohen Festtagen um 4 Uhr Nachmittags ohne Lohnabzug unter Wegfall der Vesperpaufe; 8) Aushängen eines Lohnzettel in der Werkstatt. — Wer nun vielleicht der Meinung ist, daß sich uns wenigstens die Meister etwas entgegenkommend zeigten, dem können wir gerade das Gegenteil beweisen. Das Schreiben von der außerordentlichen Zinnungs-Versammlung vom 12. September 1898 hat folgenden Wortlaut: „Die heutige Zinnungsversammlung hält einen Mindeststundenlohn von 30  $\text{M}$  zwar für angemessen, kann aber, wegen der Verschiedenheit der einzelnen Betriebe, und um den weniger tüchtigen Gesellen die weitere Ausbildung auf eigene Kosten nicht zu erschweren, die Zinnungsmittglieder darauf nicht verpflichten. Alle übrigen von den Gesellen gemäßen Forderungen müssen wir bei der gegenwärtig ungünstigen Lage unseres Gewerbes am hiesigen Ort nach wie vor der freien Vereinbarung überlassen. Ed. Wild, Obermeister.“ — Die Herren Meister sind wohl der Meinung, daß sich ihr Handwerk nochmals heben wird, vielleicht nun durch Einführung der Zwangsinnungen. Darin werden sie sich doch wohl gewaltig täuschen. Wenn die Kleinpauer Magdeburgs darauf warten wollen, bis sich ihr Handwerk wieder hebt und sie dann bessere Löhne von ihren Meistern zugestanden bekommen, so mögen sie nur warten. Charakteristisch ist es, daß die Meister selbst sagen, daß sie heute genug von außerhalb bekommen, die sich für 20 und 25  $\text{M}$  Stundenlohn anbieten. Scharf wurde das Verhalten der Kleinpauer in unserer Versammlung getadelt, daß sie sich so schlafmüsig unseren Forderungen gegenüber verhalten, so daß in Folge dessen ein vom Kollegen Gärtner gestellter Antrag, daß unsere Lohnbewegung zu vertagen und dieselbe nächstes Frühjahr wieder angenommen werden soll, angenommen wurde, so daß wenigstens bis dahin alle Kollegen den Verband angehören. Die stollegen sollten sich doch jetzt die Lohnbewegung der Installateure zum Beispiel nehmen, die eine gute Organisation haben und ihre auf 45  $\text{M}$  gestellten Forderungen zum größten Theil bewilligt erhielten, ebenso auch die anderen Forderungen. Und, Kollegen, aber rufer wir zu: legt eure Schlafmützen ab, tretet der Organisation bei, erscheint in den Versammlungen, dann werden wir etwas erzielen.

**München.** Bezug von Spänglern u. ist von der Blechwarenfabrik Albert Frank, München-Sendling, unter allen Umständen fernzuhalten. Die Kollegen dafelbst sollten laut Anschlag am schwarzen Brett täglich 3 Ueberstunden machen, während fast keine Arbeit vorhanden ist.

**Metall-Arbeiter.**

**Sasel.** Restaurateur Mauth, untere Rheingasse, besitzt ein privates Arbeitsnachweis-Bureau für Schmiede und Wagner. Es wird nun vor Benützung dieses Arbeitsnachweises gewarnt und die betr. Kollegen dringend ersucht, dieses Institut nicht zu benützen, da es hauptsächlich darauf abgesehen ist, die Organisation zu schädigen. Mauth hat es sich im Einverständnis mit den Meistern zur Aufgabe gestellt, bei Lohnbewegungen, Sperrn usw. von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuziehen und so der Organisation in den Rücken zu fallen. Der Arbeitsnachweis des Fachvereins für Schmiede und Wagner befindet sich im „Hotel zur Blume“, Schwannengasse. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Ausschuß des Arbeiterbundes Sasel.

**Bielefeld.** Bericht über die Konferenz der Metallarbeiter von Bielefeld u. Umgegend, abgehalten im Lokale des Herrn S. Raßl am 11. September. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Theurer über Organisation und Agitation. 2. Stellungnahme zur Konferenz der Metallarbeiter für Westfalen. 3. Anträge aus der Mitte der Konferenz. 4. Verschiedenes. Delegirte waren anwesend: von der Allgemeinen 5, den Formern 5, den Schleifern 5, den Kleinpauern 5, den Feilenbauern 2, des Agitationskomitees 1, der Filiale Brackwebe 4 und der Filiale Schildesche 5. Das Bureau bestand aus Biehler als Vorsitzenden und Deppe als Schriftführer. Kollege Theurer hob zunächst hervor, daß die Fahrradbranche Bielefelds in eine gewisse Krise eingetreten sei, durch welche eine große Anzahl organisirter Kollegen auf Pfahler gesetzt wurden und meistentheils abgereist seien. Redner schreibt diese Krise hauptsächlich der österreichischen Fahrradindustrie zu, da ja auch die Firma Dürtopp u. Co. in Graz und Wien Fahrradfabriken besitzt

und die Fahrräder dort billiger produziert werden wie in Deutschland bzw. Bielefeld. Aber trotz dieser eingetretenen Krise halten es die Arbeiter nicht für nöthig, sich zu organisiren. Redner berührte gleichzeitig die Skizzererei in Deynhäusen. Wenn das Buchhausgesetz geschaffen würde, könnte die Gewerkschaftsbewegung mit einem Schlage vernichtet werden. Aus diesen Gründen sei es Pflicht der Arbeiter, sich zu organisiren. Redner kam nun auf die Ortsverwaltungen am Orte zu sprechen und führte aus, daß es mit der Organisation nicht so weiter gehen kann, wie es im letzten Jahre gegangen ist. In Anbetracht der vielfachen Maßregelungen der Ortsbeamten, durch welche ein öfterer Wechsel der Bevollmächtigten und Kassierer entsteht, wodurch der Organisation großer Schaden zugefügt und die Agitation erschwert wird, sei er zu der Ansicht gelangt, daß es notwendig ist, eine Person fest anzustellen, die nur für den Verband thätig ist und dafür besoldet wird. Hier müsse unbedingt Remedur geschaffen, auch müsse die Agitation besser entfaltet werden, es sei noch ein großes Feld zu bearbeiten. Aber unter den Verhältnissen, wie sie augenblicklich bestehen, sei schwerlich etwas zu erzielen. Redner führte an, daß auf dem Lande mehr gethan werden muß, weil doch eine große Anzahl Arbeiter außerhalb der Stadt wohnen, z. B. in Dornberg, Sieker, Schildesche, Theesen usw. Es muß so viel wie möglich dafür gesorgt werden, daß Zweigfilialen geschaffen werden, um es den Kollegen so leicht wie möglich zu machen, sich organisiren zu können. Redner vertrat den Standpunkt, daß sich sämmtliche Sektionen Bielefelds mit Einschluß der Filialen Brackwebe und Schildesche verschmelzen müssen, die Filialen könnten ja bestehen bleiben, aber unter Kontrolle der Ortsverwaltung Bielefeld als Zweigfilialen. Mit dem Antrag der Ortsverwaltung, der besagt, die nöthigen Gelder durch eine Extrasteuer von 2  $\text{M}$  pro Woche von den Mitgliedern zu erheben, könne er sich nicht einverstanden erklären, ihm sei es natürlich egal, darüber könne ja die Konferenz beschließen. Redner führte noch an, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung noch verschiedene Male auf die Tagesordnung kommen müsse, um darüber ins Klare zu kommen. Zum Schluß seines Vortrages empfahl Redner der Konferenz den Antrag der Ortsverwaltung der Allgemeinen, der die Anstellung eines selbständigen Beamten fordert. Kollege Herleb ist für die Anstellung eines besoldeten Beamten. Redner kritisirte dann das Verhalten der Bielefelder Arbeiter, welchen die Stephierhallen und sonstigen Kneipen lieber sind, als die Organisation, es käme ihnen nicht darauf an, an einem Abend 50  $\text{M}$  zu verkaufen, aber für die Organisation keine 20  $\text{M}$  die Woche übrig zu haben. Redner kam zu der Ansicht, daß den verheirateten Kollegen mehr geboten werden müsse, z. B. Arbeitslosenunterstützung, denn es gäbe viele Kollegen, die sagten: Was nützt uns denn der Verband, man zahlt Beiträge und kommt man in Verlegenheit, wird arbeitslos usw., so erhält man nichts. Die einzelnen Werkstellen müßten mehr vorgekommen werden, da auf dem Lande wegen Vorkalmangel nicht leicht etwas zu machen sei. Kollege Hofse sprach sich in dem Sinne des Referenten aus, doch meinte er, daß die 2  $\text{M}$  pro Woche von den Kollegen aufzubringen seien. Kollege Bunte ist der Meinung, daß auf dem Lande mehr gethan werden müsse und auch könne, wenn die Kollegen nur wollten, aber er habe die Erfahrung gemacht und sehe es auch jetzt wieder, seitdem er die Liste in den Händen habe, daß gerade diejenigen, die außerhalb wohnen, sich am wenigsten um die Organisation kümmern. Es sei notwendig, einen ständigen Ortsbeamten anzustellen, wenn wir nicht wollen, daß unsere Organisation zurückgeht. Redner führte an, daß die Kollegen in Minden, deren Mitgliederzahl von 30 auf 60 gestiegen ist, eine Extrasteuer von 5  $\text{M}$  die Woche aufbringen, warum sollte es bei uns nicht möglich sein? Kollege Bunte führte ferner an, daß die Agitation besser betrieben werden kann, wenn das deutsche Reich in Bezirke eingetheilt und für jeden Bezirk ein Vertrauensmann angestellt würde, der nur seinen Bezirk zu bearbeiten hat. Durch ein derartiges Vorgehen kann ein Fundament für die Organisation geschaffen werden, woran kein Kapitalist zu rütteln magt. Kollege Theurer ist absolut gegen die Extrasteuer und führt an, die Ortsverwaltungen sollten nur sehen, daß die Beiträge besser einkämen, dann könnte der Beamte von den 25 Prozent, die uns zur Verfügung stehen, besoldet werden, auch könnte der Hauptvorstand einen Zuschuß gewähren. Redner stellte folgenden Antrag: „Die heutige Konferenz der Metallarbeiter Bielefelds stellt den Antrag an den Hauptvorstand, für Agitation einen Zuschuß zu gewähren.“ Redner führte noch an, daß die Kollegen in Frankfurt und Nürnberg zwar Extrasteuer aufbrächten, aber die seien geschulter wie die Bielefelder. Das Agitationskomitee für Brandenburg erhielt vom Hauptvorstand auch einen Zuschuß. Kollege Bunte tritt Theurer entgegen und meint, es müssen Versuche angestellt werden, die Extrasteuer von 2  $\text{M}$  pro Woche zu erheben. Die 25 Prozent gingen zum Theil doch so auf. Z. B. bekommt das Agitationskomitee 5 Prozent, der Arbeitsnachweis 5 Prozent, 5 Prozent bekommen die Werkstattkassierer und Beitragssammler, die übrigen 10 Prozent verschlingen die örtlichen Ausgaben. Geschildert seien die Bielefelder Kollegen auch, aber sie zahlen nicht gern. Mit dem Antrag Theurer kann sich Redner nicht einverstanden erklären, weil Derartiges nicht statutarisch festgelegt sei; er empfiehlt der Konferenz den Antrag Theurer abzulehnen. Man solle nicht gleich die Finte ins Korn werfen. Redner meint, Theurer sei im Irrthum, nicht der Hauptvorstand gewähre dem Agitationskomitee für Brandenburg einen Zuschuß, sondern die Mittel werden durch Extrasteuern aufgebracht. Herleb hebt hervor, daß die Berliner Kollegen 50  $\text{M}$  pro Monat extra zahlen, wovon vier Beamte besoldet würden, zwei Beamte werden vom Verband besoldet. Schnell ist der Meinung, daß die Kollegen die 2  $\text{M}$  pro Woche nicht zahlen würden und beruft sich auf die Beiträge zum Gewerkschaftskartell, welche pro Monat 10  $\text{M}$  betragen, die die Mehrzahl auch nicht bezahlt hätte. Altencat spricht sich für den Antrag aus. Bunte betont nochmals, es kann und muß etwas gethan werden, sonst würde es nicht lange dauern, daß unsere Organisation hinfällig würde. Es sei uns auch die Möglichkeit gegeben, einen Kollegen in die „Volkswacht“ zu bekommen, der dann doch unabhängig wäre und in der Organisation thätig sein könnte, natürlich müßte ihm hierfür ein Zuschuß gewährt werden. Theurer ist der Meinung, daß, wenn die „Volkswacht“ einen Arbeiter braucht, sie ihn auch so bezahlen kann, daß wir ihn

nicht noch durch Extrasteuern unterstützen brauchen, wir müßten überhaupt einen Beamten haben, der uns den ganzen Tag zur Verfügung steht. Weidelenper spricht sich für Anstellung eines Beamten aus und ist für die Einführung einer Extrasteuer von 2  $\text{M}$  pro Woche, die Agitation würde sich dadurch bedeutend besser gestalten. Bunte erwiedert, daß die Stelle in der „Volkswacht“ durch eine billigere Arbeitskraft besetzt werden könne. Da wir nun den Kollegen Herleb, welcher doch gemäßigter sei, vielleicht hinein bekommen könnten, der Geschäftsleitung der „Volkswacht“ aber nicht vorzuziehen können, was der Mann verdienen soll, und da uns nun einmal die Gelegenheit geboten ist, ist es auch unsere heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir einen Mann von uns in die „Volkswacht“ hinein bekommen. Theurer hält seinen Antrag hoch und meint, daß, wenn wir Agitation betreiben sollen, auch das Recht haben, vom Hauptvorstand einen Zuschuß zu verlangen. Müller-Schildesche ist auch der Ansicht, die Extrasteuer von 2  $\text{M}$  pro Woche einzuführen und spricht sich im Uebrigen im Sinne Buntens aus. Bunte erklärt sich gegen den Antrag Theurer und meint, der Hauptvorstand würde den Antrag einfach ablehnen. Reumann führt an, wir müßten uns nach den örtlichen Verhältnissen richten und ist auch für Einführung der Extrasteuer. Der Antrag Theurer wird hierauf abgelehnt und folgender Antrag angenommen: „Die heutige Konferenz der Metallarbeiter beschließt, in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse, einen besoldeten Beamten anzustellen und zur Aufbringung der Gelder den Mitgliedern eine Extrasteuer von 2  $\text{M}$  pro Woche aufzuerlegen.“ Der betreffende Beamte soll am 1. Oktober sein Amt antreten. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde vom Kollegen Theurer der Antrag gestellt: „Für die nächste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu beauftragen, eine selbständige agitatorische Person für ganz Westfalen in Bielefeld anzustellen.“ Der Antrag wurde angenommen. Ebenso der Antrag des Kollegen Heidecke, welcher besagt, eine Konferenz für Westfalen abzuhalten und die Vorarbeiten dem Agitationskomitee zu überlassen.“ — Der Vorsitzende schloß hierauf die Konferenz mit dem Appell an die Delegirten, tüchtig für die Organisation zu wirken. Der Schriftführer: Robert Deppe.

**Breslau.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 3. September eine Mitgliederversammlung ab. Nach einem Vortrag des Kollegen Kordigly wurde über die Errichtung eines Gewerkschaftshauses debattirt. Der Beschluß darüber lautet, daß jedes Mitglied einen Extrabeitrag von 10  $\text{M}$  pro Monat zu steuern hat. — In der Mitgliederversammlung am 17. September wurde als Einfasser der Extrabeiträge für den Vorkalender Kollege Wittner einstimmig gewählt.

**Dresden.** Stehen die Dresdener Metallarbeiter gegenüber ihren natürlichen Gegnern, den Metallindustriellen, auf der Höhe der Zeit? — In der heutigen Zeit, welche die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft immer mehr verschärft, ist es zweifellos sehr interessant, zu beobachten, welche Formen die Kämpfe zwischen den Ausbeutern und ihren Opfern, den geknechteten Arbeitern, annehmen. Wer in diesem Kampfe die größere Macht repräsentirt, ist ohne Weiteres klar; sind es doch die Arbeiter, deren Thätigkeit den Bestand der Gesellschaft überhaupt erst ermöglicht, während die professionellen Müßiggänger ohne Schaden für Produktion und Volksgedeihen ganz gut zu entbehren wären, deren Fehlen vielmehr als eine Erlösung von einem schweren Uebel allgemein empfunden werden müßte. Und doch müssen wir täglich wahrnehmen, daß gerade jene Drohnen der Gesellschaft die dominirende Stellung einnehmen und daß die Arbeiterklasse als Ganzes es nicht versteht, ihre thatsächlich größere Macht auszunutzen, obgleich es ihr nicht an Angehörigen fehlt, welche sich zu klarer Erkenntniß des gesamtlichen Wirtschaftslebens durchgerungen haben und bemüht sind, auch die Masse vorwärts zu drängen. Daß dies notwendig, herbeißt, daß von ca. 8 Millionen Arbeitern in Industrie und Handel erst gegen 400.000 ihre Zeit wenigstens insofern begriffen, daß sie sich organisirten. Darin liegt auch zugleich das ganze Geheimniß für die unwürdige Stellung der Arbeiter, denn jede Macht wirkt nur dann, wenn sie planmäßig, zielbewußt sich äußert. Nur Organisation vermag dies zu erzielen. Auch die Kapitalisten wissen gar wohl den Werth der Vereinigung zu schätzen, indem sie unter sich, trotz mancher Interessengegenätze, stets einig sind, wenn es gilt, gegen die meist sehr bescheidenen Forderungen ihrer Arbeiter Stellung zu nehmen, während sie andererseits nichts unberührt lassen, den Arbeitern in ihren Organisationsbestrebungen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Aufgabe der organisirten Arbeiter ist es daher, Acht zu haben, daß die zahlreichen Nachmittage der Unternehmer nicht noch unnötig vermehrt werden, denn je größere Macht uns gegenübersteht, um so schwieriger muß uns auch der Kampf werden. Halten wir aber am Kampfe fest, so ist es doch ganz logisch, daß wir nicht nur bestrebt sein müssen, dem Gegner jede neue Machtentfaltung möglichst zu hindern, sondern vielmehr uns immer neue Positionen zu erringen. Eine solche ist unstrittig der Arbeitsnachweis, den jetzt die hiesigen Industriellen der Metallbranche seit einem knappen Vierteljahr an sich zu reißen suchen, nach dem Vorgange ihrer Kollegen in Berlin, Chemnitz, Leipzig, Hamburg usw. Von jedem objektiven Urtheilenden, auch bürgerlichen Professoren, wird anerkannt, daß der Arbeiterkraft als Bezigerin der Waare Arbeitskraft, der alleinige Verkauf derselben zukommt, folglich der Arbeitsnachweis in ihre Hände gehört, wie dies jede Gewerkschaft auch erstrebt. Und es steht schlimm um die Metallarbeiter in Dresden, wenn die Industriellen als Käufer der Waare Arbeitskraft es unternehmen können, den Arbeitsnachweis an sich zu reißen, wie dies ja thatsächlich schon in vielen Orten geschehen ist. Geradezu unerklärlich muß es erscheinen, wenn hier in Dresden ein so wichtiges Ereigniß vor sich geht, ohne die hiesigen beteiligten Arbeiter zu einer Stellungnahme zu veranlassen, mit Ausnahme der Formner, welche in einer Versammlung sich damit beschäftigten, und in richtiger Erkenntniß dessen, daß hier ein einmüthiges Zusammenstreben aller Metallarbeiter geboten erscheint, nahmen sie nach lebhafter Debatte den Antrag des Schreibers dieses an, wonach das Bureau beauftragt wurde, an den örtlichen Vertrauensmann der Metallarbeiter aller Branchen (in öffentlicher Metallarbeiterversammlung zu Anfang des Jahres) auf Antrag des Unterzeichneten gewählt zur Förderung der Agitation und besseren Wahrnehmung der Interessen der Metallarbeiter) heranzutreten und ihn zu beauf-



tragen, innerhalb 14 Tagen eine allgemeine Metallarbeiter- Versammlung einzuberufen zwecks Stellungnahme zu diesem Arbeitsnachweis. Wie verhielt sich nun der Vertrauensmann? Am 23. August, 9 Tage nach der Formerversammlung, bezifferte derselbe eine Versammlung der Metallarbeiter von Alt- und Neustadt ein, die erste wieder seit etwa 8 Wochen. Wer aber glaubte, die Tagesordnung hätte den zur Zeit wichtigsten Punkt enthalten, der Irrt sehr. Zunächst war Vortrag über die Degeneration des Volkes, dessen Wichtigkeit durchaus nicht bestritten werden soll, dessen Konsequenz jedoch ebenfalls zu dem Schlusse führt: Nur durch unerbittlichen Kampf, nicht durch fettes Bürokratismus ist es uns möglich, etwas Ersprießliches zu erzielen. Sodann fanden verschiedene Wahlen statt, so daß es schon ziemlich spät wurde, ehe es im „Gewerkschaftlichen“ dem Unterzeichneten möglich wurde, den Vertrauensmann zu interpellieren darüber, warum er dem Beschluß der Formerversammlung nicht Rechnung getragen. Die Argumente, welche dieser, sowie seine Mentoren Haack und Pohle, vorbrachte, sind nun derart, daß es geboten erscheint, sie der Kollegschaft Deutschlands zu unterbreiten. Zunächst wurde erklärt, daß die Former gar nicht berechtigt seien zu diesem Vorgehen, sie seien „illegitim“ und es wäre bemerkenswert, daß der Verband, dem sie so lange den Rücken gekehrt, jetzt die Kasernen aus dem Feuer holen sollte. Abgesehen davon, daß formell der Verband als solcher hier nicht engagiert ist, da der Vertrauensmann doch nicht in einer Verbands-, sondern in einer öffentlichen Versammlung gewählt wurde, bedeutet dies in der Praxis: Weil die Former endlich wenigstens in einem Punkte das Verderbliche ihres bisher gepflegten Kastengeistes einzusehen beginnen und uns die Hand bieten, müssen wir, statt ihnen dies zu erleichtern, ihnen entgegenzukommen, so schnell wie möglich die- selbe Sonderpolitik, denselben Dünkel, denselben Kastengeist u. s. w. aneignen, den wir bisher an den Formern nicht genug vernünftigen konnten. Als ihnen nun aber entgegengehalten wurde, daß der Urheber jenes Antrages bereits im 7. Jahre Mitglied des Met.-Verb. ist und als solches doch wohl be- rechtigt sei, seine Ansicht zu der Frage zu äußern und daß der Vertrauensmann, wenn er erkläre, er hielt eine Ver- sammlung nicht für notwendig, da es besser sei, wenn der Arbeitsnachweis durch Ignorierung übergangen würde, gar nicht berechtigt sei, durch seine gegentheilige Ansicht sich dem Auftrage, die gewünschte Versammlung einzuberufen, zu entziehen, da ja die Versammlung sich erst über ihr Vorgehen schlüssig werden soll, da hier es, wenn der Antragsteller persönlich bei Hofmann wäre vorstellig geworden, wird diesem Wunsch Rechnung getragen worden, eine unwahre Behauptung, wie sich gleich daraus herausschneit. Es wurde nämlich die bekannte Mundtodtmachungs- und Geküßel, durch Schluß der Debatte. Schreiber dieses stellte nunmehr den Antrag der Formerversammlung nochmals in seinem Namen. Der- selbe fand jedoch, allerdings wohl auch in Folge der vorge- ruckten Zeit, nicht einmal Unterstützung, worauf die Ver- sammlung ihr Ende fand. Klammern waren trotz der langen Pause gegen 500 Personen, zum Schluß kam noch die Hälfte, und da bedauerte man, daß zu dieser Versammlung auch die Metzstädter eingeladen waren, während die Zahl der an Orte in der Metallindustrie Beschäftigten ca. 12-15.000 beträgt. Die Redewendung Haack's, die Former seien illegitim, übergehe ich einfach als lächerlich, man sollte es doch mit Genugthuung begründen, wenn immer größere Arbeiterkreise reif werden für das Verständnis ihrer Zeit. Aber auch der Dresdener Metallarbeiterverband darf der Formerver- sammlung nicht fern sein, da die Zeit nicht begriffen hat, sonst würde sie sich lebhafter an den Versammlungen beteiligen und ihre Reiter vorwärts drängen, denn noch gilt das alte Wort: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Nach diesen Etichproben wird es für Jeden wohl erklärlich, daß der betreffende Nachweis von Arbeit, abgesehen von Klempnern und Schmieden, bis jetzt vollste Anarchie herrscht. Zwar wird ab und zu beim Nachweis mal jemand verlangt, doch so selten, daß derjenige verhungern müßte, der darauf reflektierte. Auch Bemerkungen unterzubringen, gibt man sich durchaus keine Mühe. Man scheint eben nur an der Ehre einer leichten Stellung sich genügen zu lassen. Daß unter diesen Verhältnissen, wo Jeder wegen Beschaffung von Arbeit auf sich angewiesen ist und vor den Fabriken fast täglich sich Arbeitssuchende einfunden, gleichviel, ob Bedarf oder nicht, den Unternehmern der Raum mäßig schenkt, ist schließlich gar nicht zu verwundern. Thatächlich sind hierorts auch Ver- hältnisse eingerissen, die man in dem, angeblich so vorge- schrittenen Sachsen nicht für möglich halten sollte. Schreiber dieses kam vor 1 1/2 Jahren aus Würzburg hierher und arbeitete ziemlich 1 Jahr in der Fabrikfabrik von H. W. Schläger als Schleifer. Nicht wenig erkannte er, daß jeder Schleifer den Reim, Schmirgel, Talg, sowie Kleben selbst beschaffen mußte und daß dies fast durchgängig, wenigstens in größeren Betrieben, üblich sei. Bei Edel & Kammann muß sogar Jeder das Petroleum, Schmirgel, Pulver, Sandpapier, Holz, Alles, was zur Arbeit gehört, selbst bezahlen. Aber nicht auf die Schleifer allein trifft dies zu, auch auf die Fräser, Bohrer, Dreher, Hobler und Schlosser, sofern sie im Arbeit arbeiten. Daraus ist ein vollständiges Scandalum entstanden, welches die geringsten Verfehlungen gegen mitunter recht lächerliche Vorschriften und Verordnungen sofort ab- rufen muß. Daß diese Zustände, welche man in Würzburg, trotz der bekannten Zurückgebliebenheit Sachsens, nicht für möglich halten würde, mich geradezu frappierten und gleich vermuthen ließen, daß hier doch wohl die Arbeiterkraft sich ein Joch hat aufzwingen lassen, dessen Befreiung sehr schwer halten dürfte. Auf meine diesbezüglichen Vorstellungen wurde mir zwar geantwortet, daß dies überall so sei, weil die Unternehmer durch ihre angeklagten Arbeiter schlaue ge- worden wären als die Brüder. Doch müßte der größeren Unternehmlichkeit auch eine größere Arbeiterzahlheit gegenüberstehen und hieran fehlt es eben, wie aus Ver- ständnis ersichtlich. Daraus erklären sich auch die geringen Mitgliederzahlen sowohl des Verbandes als auch der Branchen- organisationen und die Thatsache, daß nur etwa 100 Metall- arbeiter an der politischen Bewegung teilnehmen. Wenn es eben in den 10er Jahren hier: die Metallarbeiter seien die Pioniere der Arbeiterbewegung, so ist dies ebenso falsch wie die Meinung, daß Sachsen an der Spitze der Arbeiterbewe- gung marschiere. Jede der best. ligen Arbeiter ist es, deren alten guten Rufe durch energisches Aufstehen wieder Geltung zu verschaffen.

Alfred Scholz, Güterbahnhofstr. 14/15.

**Gustavsburg.** Ein wahres Eldorado erscheint viel- leicht Manchem die hiesige Filiale der Maschinenbauaktien- Gesellschaft in Nürnberg vormals Cramer & Klett. Die enträuschten Gesichter der 1-2 Tage dort arbeitenden Kol- legen bekehren uns jedoch eines Anderen. Die Behandlung in dieser Fabrik ist eines freien Arbeiters unwürdig, des- halb kann man mit Recht die Fabrik einen Taubenschlag nennen. Tagtäglich zeigen Mainzger und auch auswärtige Blätter an, daß auf der sogenannten „Klett“ Arbeiter gesucht würden, bei hohem Lohn und dauernder Arbeit. Was die Herren Balchas unter hohem Lohn verstehen, ist uns un- greiflich, denn 22-28 ist doch kein hoher Lohn und müssen wir uns über eine solche „Rühmlichkeit“ nur wundern, wenn man erwägt, daß einem gelernten Schlosser von 19 Jahren der „hohe Lohn“ von sage und schreibe zweiundzwanzig Pfennig angeboten wurde. Unter den Hauptmängeln seien vorerst folgende erwähnt. Die Arbeitszeit beginnt Morgens um 6 1/4 Uhr, während man über das Ende vollständig im Unklaren ist. Dasselbe müßte nach der Fabrikordnung um 6 1/2 Uhr stattfinden, aber wehe demjenigen, der sich ohne Erlaubnis vom Werkmeister um 6 1/4 Uhr von der Arbeit entfernt und nicht wenigstens 1 Ueberstunde macht. Das Ueberstundenlohn ist da festgewurzelt. Es wird fast alle Tage im Jahre 1 bis zu 4 Stunden übergearbeitet. Durch die Ueberstundenarbeit sind weniger Arbeiter erforderlich, da- durch spart man auch die Kosten für ärztliche Untersuchung, denn jeder Arbeiter muß heile Knochen mitbringen, damit die Ausnützung seiner Arbeitskraft eine einträglichere ist und er, wenn auch vielleicht nicht mit heilen Knochen, so doch mit heiler Haut die Fabrik verläßt. Abgesehen von den Kranklassen- und Invaliditätsversicherungsbeträgen, welche die Firma doch ebenfalls erpart. Nachts wird ebenfalls gearbeitet und kommt es vor, daß die Kollegen 2 bis 3 solcher italienischer Nächte hintereinander feiern müssen. Bekannt gemacht wird dies gewöhnlich 10 Minuten vor der „gefestigten“ Arbeits- zeit und da sollen nun die Leute gerichtet sein für Nach- arbeit. Es muß leider konstatiert werden, daß sich viele Kol- legen selbst zu solcher Nacharbeit anbieten, um auf diese Art ihren Verdienst scheinbar zu erhöhen, während durch diese Ueberarbeit der Stundenlohn auf das geringste Niveau herabgedrückt wird. Ein weiterer Mißstand ist das jetzt herrschende Affordunwesen. Während früher jeder Schlosser und Hilfsarbeiter für sich selbst im Afford war, wurde jetzt zu dem sog. Kolonnenaffordsystem gegriffen, um durch einen allgemeinen Affordsatz die einzelnen Arbeitskräfte auf das Höchste anzuspornen und so größere Arbeitsleistungen zu erzielen. Die Abzüge im Afford sind in der kurzen Zeit des Bestehens des Wagenbaues und der Kesselschmiede bis zu 45 Prozent erfolgt. Daraus können die Kollegen er- sehen, daß Affordarbeit Nordarbeit ist. — Eine sehr weise Einrichtung ist der Arbeiterauschuss oder das sog. „Alters- Kollegium“. Derselbe entspricht vollständig der letzteren Ver- nennung, indem thatächlich nur Leute gewählt werden sollen, welche mindestens 10 Jahre ununterbrochen in der Fabrik thätig sind; wahrscheinlich deshalb, weil dieselben durch ihr längeres Dienstalter für alle Neuerungen abgestumpft sind und weil dieselben sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, nach 20-25jähriger Thätigkeit auf das Pflaster geworfen zu werden. Die Verhandlungen in diesen Senioren-Sitz- ungen gleichen einem elektrischen Apparat, der von dem Lichte der Direktion aus geleitet, die Köpfe der Senioren zu einer nickenden Bewegung zwingt, je nach Wunsch. Von diesen Zuständen nicht sonderlich erbauet waren die jüngeren Kollegen, indem dieselben doch einsehen, daß solche Arbeiter- ausschüsse nur ein Scheinleben führten. Während der Aus- schuss nur einberufen wurde bei ganz geringen Anlässen, z. B. wenn sich zwei Jungen prügelten, vermied man es auglich, ihn über Fabrikordnungen, Arbeitszeit etc. zu be- fragen, trotzdem die Herren sicher waren, die Zustimmung zu erhalten. Diese Zustände bedurften einer Besserung. Die organisierten Kollegen rüsteten sich zusammen, hielten Ver- sammlungen ab und wurden in diesen eine Reihe von Kol- legen gewählt, welche bei der Wahl als Kandidaten von Seiten der Kollegen aufgestellt werden sollten, ohne Unter- schied des Alters und Dienstalters. Diese wurden auch bei der Ausschusswahl gewählt und die Direktion gab, wenn auch nicht gerne, ihre Genehmigung. Es wurden auch durch diese Ausschüsse verschiedene Vorteile errungen. Daß aber solche „extreme“ Ausschussmitglieder der Fabrikleitung nicht ange- nehm waren, ist ihr nicht zu verübeln, denn das „patriarcha- listische Einverständnis“ bekam einen Stoß. Maßregeln aber wollte man die Mitglieder nicht, denn man gab sich damit doch immer eine Blöße, und so mußte man durch allerlei „Aufmerksamkeiten“ denselben das Bleiben in der Fabrik so „angenehm“ wie möglich zu machen, so daß einigen nichts übrig blieb, als diese Stätte zu verlassen. Es ist den Kol- legen jedenfalls Vorzug zu empfehlen und bei der nächsten Ausschusswahl bei der Hand zu sein. Eine Besesse ist ge- schlossen, möge es den Kollegen gelingen, weitere Vorteile zu erringen.

**Sachsenhausen-Ernstthal.** Am Dienstag, den 4. Oktober, findet hier die Gewerbevereinswahl statt. Wir empfehlen die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten und hoffen, daß sich dieses Mal nicht der Fall wiederholt, daß kein Metallarbeiter zur Wahl geht und dadurch der Hirt- dundlerische Kandidat siegt.

**Mannheim.** Ueber den Streit in dem oberrheinischen Metallwerke haben wir lange nichts mehr geschrieben, es hat dies darin seinen Grund, weil wir erst den Gang der Unter- suchung, die die Firma nach führte, abwarten wollten. Nach- dem der Streit bereits 5 Wochen dauerte, wandte sich die Firma an den Hauptvorstand in Stuttgart mit der An- frage: Ob er nicht geneigt wäre mit ihr zu unterhandeln. Derselbe sagte zu und man fand eine Unterhandlung in Stuttgart statt, zu der der Vorstand auch einen Vertreter der Eisenleute kommen ließ, man kam aber zu keinem Resultat. Von Seiten des Vorstandes sollte ein Vertreter in Mannheim nachmals die Sache untersuchen und unter- handeln. Die Unterhandlung, zu der Kollege Krieger er- schienen war, fand statt. Es hat sich bei dem Streit ja- bis an den Editor Heimos gehandelt, da seine Entlassung verlangt wurde. Wir hatten 3 Wochen geladen, die an- gaben, daß Heimos ihnen öfters nicht das ausbezahlte oder verrechnete, was sie verdient hatten, es waren jedoch keine schriftlichen Beweise da, auch hatte Heimos die Lohnbücher der Fabrik vernichtet, wir konnten also der Sache nicht

mehr genau auf den Grund gehen. Die Firma hatte wohl die Lohnlisten angelegt, man konnte aber bloß den ausbe- zahlten Lohn ersehen. Bezüglich des Vosschwindels, den Heimos verübte, ging es nicht so glatt ab. Die Kommission hatte die schriftlichen Beweise, daß Heimos kein Geld abge- sendt, sondern es für sich verbraucht hatte, bis es wegen ihm zum Streit kam, wo er dann eiligst Loosje kommen ließ. Er nahm sich da die Anstrebe, öfter nach Leipzig geschrieben zu haben, es sei aber immer keine Antwort eingelaufen. Von Buchhalter Schatz als auch von Schmitt wurde er öfters aufgefordert, die volle Wahrheit zu sagen, da es für ihn böse Folgen haben könne. Es half aber alles nichts, er hielt oben Gesagtes aufrecht. Die Direktion gab ihr Ehrenwort, daß Heimos entlassen wird, wenn sich die Sache so verhält, sie wolle die Angelegenheit nochmals untersuchen und dann sofort dem Vorstand Mitteilung zukommen lassen. Da nach 3 Wochen keine Antwort einging, so wandte sich der Vorstand nochmals an die Firma, worauf ihm folgende Antwort zugeht: „Auf Ihr werthvolles Schreiben erwidern wir Ihnen, daß uns von H. Walter-Leipzig nachstehendes Schreiben unterm 20. August zugeht: „Antwortlich Ihres Begehrens vom 27. d. M. theile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich mit Herrn Georg Heimos weder in Geschäftsver- bindung noch in schriftlichem Verkehr gestanden habe und daher nicht in der Lage bin, Schriftstücke oder deren Ab- schriften zu übersenden. Hochachtung H. Walter.“ Da uns Heimos erklärte, eine Stelle in Aussicht zu haben, und so halb er dieselbe antreten kann, seinen Austritt aus der Fabrik nehmen würde, haben wir von weiterer Untersuchung Abstand genommen.“ Also volle 9 Wochen mußten die Ar- beiter streiken, immer wurde von Seiten der Firma erklärt: Heimos sei ein Ehrenmann und jetzt erst stellt es sich heraus, daß die Arbeiter doch Recht hatten. Wenn die Direktion guten Willen gehabt hätte, so wäre es nicht zum Streit gekommen, da die Arbeiter bloß die Entlassung des Heimos gefordert haben, die voll und ganz berechtigt war. Über- sonderbar: man läßt lieber 70 Arbeiter laufen, ehe man einen entläßt, der sich als lieb Kind aufspielen kann. Da alle Arbeiter anderswo untergebracht sind und uns die Untersuchung zu lange wurde, so haben wir die Streikposten eingezogen und die Sperre über die Fabrik verhängt. Die nächste Mitgliederversammlung wird noch darüber entscheiden.

**Nürnberg.** In der Versammlung der Sektion der Schleifer, Polierer und Vernickler am 17. September wurden verschiedene Werkstättenverhältnisse besprochen, aus denen klar und deutlich hervorging, wie notwendig es ist, daß sich jeder Kollege der Organisation anschließt, um endlich einmal diesen Augiasstall ausräumen zu können. Insbesondere sind es die sogenannten Schleifmühlen, in denen noch bei der schlechtesten Löhnen die längste Arbeitszeit und meistens noch die Sonntagarbeit vorherrscht. Von Früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr wird dort bei den schlechtesten sanitären Ver- hältnissen um 15-18 M geschafft. Namentlich für einen hiesigen Armenpflegschaftsrath scheint es ein Gesetz für die Sonntagsruhe nicht zu geben, während man auf der anderen Seite sich anjuckt, für die Ausübung des Koalitionsrechts Buchhausstrafe anzusetzen. Darum, Kollegen und Kol- leginnen, rafft Euch sammt und sonders auf; hinein in die Gewerkschaften, daß soll Euch Antwort sein.

**Weissenau.** Kaum haben die Protestversammlungen gegen den Erlaß des Grafen Posadowsky aufgehört, so ist es schon wieder notwendig, solche gegen den Buchhaus- geschickentwurf, der von hoher Stelle in Bad Deynhausen in Aussicht gestellt wurde, abzuhalten. Angesichts der fort- währenden Angriffe auf das Recht um Erlämpfung besserer Lohnverhältnisse staunt man, wenn man die verdammt In- teresselosigkeit sieht, welche die Arbeiter an den Tag legen. — Nach den Reichstagswahlen setzten sich hier verschiedene in der Metall-Industrie beschäftigte Kollegen zwecks Grün- dung einer Verwaltungsstelle des D. M. V. für Weissenau mit einander in Verbindung. Auf ein an den Zentralvor- stand gerichtetes Gesuch sandte derselbe sofort das not- wendige Agitations- und Verwaltungsmaterial. Dertliche Verhältnisse gestatteten erst am 21. August die Einberufung einer öffentlichen Versammlung, in welcher sich 14 Kollegen einschreiben ließen. Dank der regen Agitation zählt unsere Verwaltungsstelle heute einschließlich der aus den um- liegenden Verwaltungsstellen Mainz und Rostheim Ueberge- tretenen 28 Mitglieder. Sehr bedauerlich ist, daß ver- schiedene, sonst recht tüchtige, ältere Kollegen der Organi- sation fern bleiben, und was noch schlimmer ist, einer, weil der Verband nicht in der Lage ist, bei allen Erkrankungen eine wöchentliche Unterstützung zu gewähren. Von jetzt ab finden 1-tägig Samstag Abends halb 9 Uhr regelmäßig Mitgliederversammlungen statt, in denen die Beitragsmarken und das Verbandsorgan verausgabt werden; die Bücher sind zu diesen Versammlungen mitzubringen und zur Kon- trolle vorzulegen. Da die Verhältnisse auch hier die vorstigen nicht sind, so ist es Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Kollegen, für zahlreichem Besuch und Beitritt zu agitieren, damit Mißstände erörtert und abgestellt werden können. Das Bezirkslokal ist bei Jos. Val. Gull. Römerstraße. Bevollmächtigter ist: August Hommen, Schlosser, Friedhof- weg; Kassirer: Wendelin Feder, Schlosser, Bleichstraße 26; Redirektoren: Albert Ricklaus, Gustav Fortmann und Emil Gerlach.

**Schläger.**

**Dresden.** Am 17. September hielten die hiesigen Metallschläger eine Versammlung ab, welche sich mit der Frage beschäftigte: Wollen wir als Lokalorganisation weiter bestehen bleiben? Der Vertrauensmann theilte zunächst mit, daß mehrere Kollegen nicht mehr zu dem Lokalfond bei- steuern wollten und nur die Beiträge zum Metallarbeiter- Verband leisteten; er hält es deshalb für angebracht, das Einkassieren der Beiträge zum Lokalfond bis auf Weiteres einzustellen. Dieser Ansicht widersprachen mehrere Kollegen, indem sie anführten, daß dadurch auch die Zentralorgani- sation leiden würde und nicht mehr der Zusammenhalt unter den Kollegen vorhanden wäre. Es wird schließlich ein An- trag angenommen, welcher besagt, daß jeder Kollege 10 J pro Woche zur Lokalorganisation beizutreten habe. Als Vertrauensmann wurde Kollege W. Galant gewählt, als dessen Stellvertreter B. Weber. Ein Antrag, welcher dahin lautet, auch in diesem Jahre wieder ein Wintervergütigen abzuhalten, wurde einstimmig angenommen.



Feilenhauer.

Oelsnik i. H. Arbeitsnachweis und Extrahinterstützung für Feilenhauer bei Kollegen Sidor Goidin, Grabenstraße 25. Sprechstunden Mittags 12-1, Abends 7 bis 8 Uhr. Umschauen verboten.

Potschappel. In der Feilenfabrik von B. Mehlhose sind Differenzen ausgebrochen, indem am Sonntag, 17. September, plötzlich 3 Kollegen, darunter 2 verheiratete, entlassen wurden. Es ist dies als eine Maßregelung zu betrachten, da diese drei mit am längsten im Geschäft tätig waren und den höchsten Lohn mit hatten, gewiß ein Zeichen, daß ihre Leistungen zufriedenstellend waren. Um so auffälliger die Entlassungen. Herr Mehlhose scheint das eine Ziel zu haben, die älteren Arbeiter fortzuschicken und dafür jüngere, billigere und willigere Arbeitskräfte heranzuziehen und so die Ertragskraft des vorjährigen Streiks den Arbeitern illusorisch zu machen. Bemerkenswert ist noch, daß seit dem Streik 1897 fast sämtliche Feilenhauer, welche damals mit gestreift haben, so nach und nach entlassen worden sind und dafür lauter jüngere Leute eingestellt wurden. Ein erst seit kurzer Zeit angestellter Meister, Namens Simon, geht bei der geringsten Ungehörigkeit ins Kontor und meldet es. Als Herr Simon kaum eine Woche hier war, passierte es einem der jetzt Gemeindegewählten, daß er ins Kontor zitiert wurde und zu seinem Stammen hören mußte: Er „hegte“ die Leute in der Fabrik auf und die Arbeiter liefen wegen ihm wieder fort. Sind wirklich Leute gegangen, so sind nur die Lohnverhältnisse schuld gewesen, auch wegen Herrn Simon haben schon mehrere aufgehört. Wenn Herr Mehlhose glaubt, durch die immerwährenden Maßregelungen die jüngeren Leute einzuschüchtern und sich dadurch billige Arbeitskräfte zu ziehen, so mag er nur nicht vergessen, daß die übergrößte Mehrzahl der Feilenhauer ihre soziale Lage erkannt hat und danach zu handeln wissen wird. Wir erjuchen die Kollegen, den Bezug nach Potschappel fernzuhalten.

Technisches.

Ein sinnreiches Verfahren zur Herstellung dünner Röhren, wie dieselben zu technischen Zwecken vielfach und insbesondere bei der Herstellung von Metallmanometern Anwendung finden, wird von einem französischen Gelehrten vorgeschlagen. Es wird zuerst eine aus einem Rohr aus einer leicht schmelzbaren Legierung bestehende Matrize, welche in der richtigen Form gebogen wird, hergestellt, dann wird die letztere auf elektrischem Wege plattiert, respektive es wird eine Metallschicht, welche genau die Dicke des herzustellenen Rohres besitzt, auf die Matrize gefällt. Um nun das fertige Rohr zu erhalten, genügt es, jetzt die aus leicht schmelzbarem Material bestehende Matrize zu entfernen, was einfach dadurch geschieht, daß dieselbe in siedendes Öl eingetaucht wird, wodurch die Legierung zum Schmelzen gebracht wird. In dieser Weise hergestellte dünne Röhren besitzen die größte Festigkeit und Zähigkeit.

Gerichts-Zeitung.

Erörterungen über Bedeutung, Wesen und Tragweite des § 153 der Gewerbeordnung (Nötigung zur Theilnahme an einem Streik) hat das Reichsgericht in einem Falle angefaßt, in welchem bei einem Maurerstreik ein Maurer durch eine drohende Bemerkung zwar nicht einen Berufsgegenossen, wohl aber einen einfachen Arbeiter zur Einstellung der Arbeit bewogen hatte. Er war deshalb nach § 153 der Gewerbeordnung verurtheilt worden, welcher Gesängniß bis zu drei Monaten androht, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt. Die Revision des Angeklagten machte dagegen geltend, daß wenn der § 153 von „Anderen“ spricht, die durch Drohungen usw. zur Theilnahme an Streikverabredungen bestimmt werden sollen, unter diesen „Anderen“ nur die Berufsgegenossen der im Streik Befindlichen zu verstehen seien. Das Reichsgericht hat diese Ansicht für falsch erklärt und dagegen folgende Ausführungen gemacht: „Durch die Bestimmung des § 152 der Gewerbeordnung wird den Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern das Recht der Koalition eingeräumt und ihnen frei Hand gelassen, beliebige Mittel — wenn sie nicht schon an und für sich gegen ein Strafgesetz verstoßen oder im § 153 unter Strafe gestellt sind — anzuwenden, zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Unter diesen Beschränkungen daher darf auch auf dritte Personen eingewirkt werden, und oft können Handlungen und Unterlassungen von Personen, die nicht zu den koalirten Berufsgegenossen gehören, für die Herbeiführung des von der Koalition erstrebten Erfolges von der größten Bedeutung sein. Der § 153 setzt nun der gewährten Freiheit in der Auswahl der Mittel eine gar nicht zweifelhafte Schranke. Der § 153 spricht ohne jeden Unterschied von „Anderen“, auf welche eingewirkt wird, bedroht Jeden, der der Vorschrift zuwiderhandelt, mit Strafe und bringt unabweislich zum Ausdruck, daß Niemand, weder ein Berufsgegenosse, noch irgend eine andere Person, in seiner freien Willensentschließung solchen Verabredungen Folge zu leisten oder nicht, durch Anwendung körperlichen Zwanges, Drohungen, Ehrverletzungen oder durch Verurtheilung beeinflusst werden darf, und daß Jeder, sei es ein Berufsgegenosse, sei es ein Dritter, der dieser Vorschrift zuwiderhandelt, der in § 153 angedrohten Strafe verfällt.“ Das Reichsgericht führte für seine Auffassung die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und die Motive des Entwurfs der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in's Feld. Bei der zweiten Beratung der Gewerbeordnung wurde in dem Reichstage von dem Abg. Schulze die Streichung des § 169 des Entwurfs (§ 153 des Gesetzes) beantragt. Der Abg. Paster machte jedoch geltend, daß dieser Paragraph ein notwendiges Korrelat zu dem vorhergehenden sei. Es bestehe kein Land, wo die Vereinigungen der Arbeiter freigegeben seien, in welchen nicht durch widerrechtlichen Zwang den nichttheilnehmenden Arbeitern der größte Schaden zugefügt werde. Wenn man die Freiheit der Vereinigung proklamirte, so sei sie zu proklamiren auch für diejenigen, welche sich dieser Vereinigung nicht fügen wollten, sonst würde in Wirklichkeit die Freiheit der Vereinigung in Vereinigungszwang umgewandelt werden. Darauf wurde der § 169 des Entwurfs (§ 153 des Gesetzes) unverändert angenommen und demselben auch in dritter Lesung, nachdem nochmals die Streichung beantragt war, zugestimmt. In dem Entwurfe

der Geperbenovelle von 1891 war eine Verschärfung der Strafbestimmung des § 153 vorgesehen; sie wurde von dem Reichstage abgelehnt. Hiernach sind die gesetzgebenden Faktoren davon ausgegangen, daß gegenüber der Freiheit der Vereinigung durch die Strafbestimmung des § 153 der Freiheit der Willensentschließung ein wirksamer Schutz gewährt werden solle, und es wird nirgends angedeutet, daß nur ein bestimmter Personenkreis solchen Schutzes bedürftig und durch jene Strafbestimmung vor Vergewaltigung zu bewahren sei.

Vermischtes.

Der Verbandstag des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter tagte kürzlich in Offenbach a. M. Anwesend waren 52 Delegirte. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß dem Verein behördlicherseits mancherlei Schwierigkeiten bereitet werden, so bezüglich der Einreichung von Mitgliedslisten. Vor Ausbruch eines Streiks sei es nöthig, daß durch Kommissionen die Verhältnisse gründlich untersucht würden, da dadurch mancher Streik verhindert und für die Kollegen auf anderem Wege Vortheile errungen werden könnten. Die Gesamteinnahme in den letzten beiden Jahren betrug M 388 648,25, die Gesamtausgabe M 376 449,80, von welcher Summe allein auf die Reiseunterstützung M 52 426 und M 68 729 auf Streikunterstützung entfallen. Die Diätenfestsetzung soll jeder Generalversammlung zustehen; für diese werden M 10 pro Tag festgesetzt. Der Titel des Vereins heißt von jetzt ab: „Deutscher Tabakarbeiterverband“. Bezüglich der Ausgestaltung des „Tabakarbeiter“ wird beschlossen, daß derselbe mehr als bisher die Interessen der weiblichen Mitglieder wahrnehme. Auch eine Verbilligung des „Tabakarbeiter“ soll, wenn möglich, eintreten.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde nach einer langen, eingehenden Diskussion mit 41 gegen 11 Stimmen abgelehnt, dagegen mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen, daß eine Kommission gewählt werden soll, welche statistische Erhebungen über Dauer, Umfang und Ursachen der Arbeitslosigkeit innerhalb des Berufes veranstalten soll. Aus diesen Ergebnissen soll dem nächsten Verbandstage eine rechnerische Unterlage für die eventuelle Einführung vorgelegt werden.

Bezüglich der Reiseunterstützung wurde beschlossen:

- 1) Nach 26wöchentlicher Beitragsleistung Reiseunterstützung nur auf die Dauer von 13 Wochen zu gewähren nach den jetzt gültigen Unterstühtungsätzen. Nach 104wöchentlicher Beitragsleistung kommen die jetzt geltenden Bestimmungen des Statuts mit der Abänderung in Anwendung, daß an einem Tage und an einem Orte nicht mehr als für 75 Kilometer Unterstühtungsgeld ausgezahlt werden darf.
2) Die Reisekontrollscheine sind abzuschaffen.
3) Wenn ein Mitglied nachgewiesenermaßen auf Beschreibung eine andere Stelle antritt, so ist die volle Tour auszubehalten.

4) Folgender Antrag wird dem Vorstande überwiesen: Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die im Auslande einer der modernen Arbeiterbewegung entsprechend Organisation angehört und ihre Pflichten voll erfüllt haben, treten bei ihrer Zureise als Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter über und erhalten in einer der Grenzstationen sofort für die zurückgelegte Tour 2 M pro Kilometer, jedoch im Höchstbetrage von 3 M für 150 Kilometer. Daraus wird zur Berathung der Anträge übergegangen, die die Sterbegelder beim Ableben der Ehehälfte eines Mitgliedes betreffen.

Angenommen wird nach längerer Debatte der Antrag: „Die Unterstützung beim Ableben der Ehehälfte ist in der bisherigen Form beizubehalten.“ Die über die beantragte Erhöhung der Unterstützungssätze bei Streiks gepflogene Diskussion ergibt die Ablehnung der Erhöhung, sowie jener Anträge, die die Unterstützungssätze für alle Orte gleich bemessen wollen. — Beinahe hundert Anträge aus den Mitgliedschaften befürworteten Umzugsgelder für verheiratete Mitglieder. Die Debatte über diese Anträge ist eine sehr lebhafte. Die Generalversammlung beschließt al. h. in folgender Weise abzuändern: „Unterstützung zum Ortswechsel an Mitglieder, welche einen eigenen Haushalt führen.“

§ 10 soll nach Beschluß der Generalversammlung folgenden Zusatz erhalten: „Umzugsgelder können solche Mitglieder erhalten, welche dem Verbands mindestens drei Jahre angehören, und zwar in Höhe der Kosten. Bei Maßregelung hat die Karenzzeit keine Giltigkeit.“ Ferner wird beschlossen, daß Mitgliedern in Ortschaften, die nebeneinander liegen, keine Umzugsgelder gewährt werden, wenn der Umzug innerhalb dieser Ortschaften geschieht. Nach diesen Beschlüssen erhalten nunmehr alle Mitglieder die Umzugsgelder, sofern alle Bedingungen erfüllt sind; bisher wurden sie nur an Gemahregelte gewährt.

Eine Lokomotiv- und Waggonfabrik in Japan. Eine große Lokomotiv- und Waggonfabrik wurde in den letzten Monaten in der Nähe von Osaka erbaut, welche im Herbst ihre Arbeiten beginnen soll, da bis dahin die aus Europa bestellten maschinellen Einrichtungen in den Stand gesetzt sein dürften. Es werden daselbst über 1100 Arbeiter Verwendung finden, die im Anfange wenigstens, unter der Leitung von ausländischen Fachleuten arbeiten sollen. Auch ein größeres Stabiliment zur Erzeugung von Stahlstrahlseilen, eisernen Ketten usw. soll ebenfalls in nächster Zukunft unter der Leitung von englischen Fachleuten in Tokio in Betrieb gesetzt werden. Da diese beiden Fabriken die ersten ihrer Art sind, die in Japan errichtet wurden, verdienen sie besondere Erwähnung.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 52. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Genfer Nord. — Anatole France und seine Schilderungen des französischen Provinzlebens. Von M. Beer. — Georg Brandes über Polen. Von J. Karsti. — Der Kapitalismus in der Medizin. — Die Schutzollbestrebungen im deutschen Gartenbau. Von Herrn Holm. — Notizen: Bau und Betrieb der Pariser Untergrundbahn „Le Metropolitan“. Von F. M. Grempe. — Feuilleton: Das Strafgericht. Von S. S. Rosny. Autorisirte Uebersetzung von Ina Bach.

„In Freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin), bringen in Heft 37 und 38 neben der Fortsetzung des spanischen Romans von Victor Hugo: Die Armen und Glenden im kleinen Heuiletou. Für eine Dirne. (Nobelle). Die Flasche Wasser (Humoreske). Daneben unter Dies und Jenes kleine kulturhistorische Notizen und Witz und Scherz. Jedes Heft, 26 Seiten stark, kostet 10 S und kann durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur bezogen werden. Auch kann zu jeder Stunde das Abonnement von Heft 27 an, in welchem der neue Roman „Die Armen und Glenden“ beginnt, nachbezogen werden.

Im Verlag von Aug. Schönbachstein a. S. erschienen: Nachschlagebuchein für Offertbriefe, Geschäftsverkehr und Postwesen mit einem Litteraturverzeichnis von ca. 500 metallotechnischen Schriften. Das Buchlein gibt Jedermann praktische Winke im Briefaufsetzen, namentlich solchen für Arbeitsgesuche etc., über Geschäftsverkehr und Postwesen. Das Litteraturverzeichnis, welches vollständig branchenmäßig geordnet ist, enthält eine genaue Aufzeichnung fast sämtlicher Schriften für alle Berufe, als da sind: Schlosser, Former, Dreher, Klempner, Kesselschmiede, Maschinenler usw. Der Preis beträgt 50 S. ord. Für die Verbandsmitglieder 35 S und auf 4 Stück 1 Freiemplar. Auf die übrigen Verlagsartikel, welche zahlreiche, gute Anerkennungen erhalten haben, wollen wir gleichzeitig noch aufmerksam machen. Prospekt stellt der Verlag kostenfrei zur Verfügung.

Briefkasten.

S. in S. M 1,20.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Apolda. Sonnabend, 1. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Vorwärts“.
Bamberg. Samstag, 1. Okt., im Gasth. zur „Markusbrücke“.
Barmen. Samstag, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Hühn, Fischerthalerstr. 19. Die Kollegen, welche Karten vom Stiftungsfest haben, werden gebeten, in dieser Versammlung abzurechnen.
Berlin. Montag, 10. Oktbr., Abds. halb 9 Uhr, gemeinliche Versammlung aller Bezirke in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Berlin. Sonntag, 2. Okt., Vorm. 10 Uhr, bei Seher, Bismarckstr. 74, Bezirksversammlung für Charlottenburg.
Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Für den Norden: Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Dieke, Ackerstr. 123. — Für Nordwesten und Moabit: Sonnabend, 1. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Fischer, Beusselstr. 9.
Eislefeld. (Allg.) Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei H. Kahl, Heeperstr. am Kesselbrink.
Eitterfeld. Sonnabend, 1. Okt., Abds. halb 9 Uhr.
Göppingen. Am 1. Oktober.
Göppingen. Dienstag, 4. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Tropfen, Grünstr.
Gottbus. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat bei G. Dieck, Schlosskirchhofstr.
Harnstadt. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralschule („Gold. Pfau“, große Schenke) 15.
Hainburg. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, den 9. Okt., Nachm. 3 Uhr, bei Küpper.
Hurlach. Samstag, 1. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Saum“, Vortrag.
Hüsseldorf. (Allg.) Samstag, 1. Oktbr., bei Herrn Prebor, Leopold- und Gaineistr.-Ecke.
Essen. (Allg.) Freitag, 7. Okt., Abds. 8 Uhr, in der „Rothenburg“, Kattaniendallee.
Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 1. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“, Borngasse 11. Vortrag des Kollegen Ehrler.
Grünberg i. Schl. Montag, 10. Okt., Abds. 8 Uhr, in der „Sonne“. Jahlabend und Abrechnung.
Hannover. (Allg.) Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Ballhof“.
Halk b. Böh. Samstag, 1. Okt., bei Heuckshoven.
Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 1. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalnbach.
Karlsruhe. (Sektion der Hauschlosser.) Sonntag, den 9. Okt., Vorm. halb 10 Uhr, in der „Fortuna“. Samstag Abend Stiftungsfest bei Kalnbach.
Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 1. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Eiche“, Lugartenstr. Vortrag.
Köln. Mittwoch, 5. Okt., bei Schneider. Am 12. Okt. daselbst Generalversammlung.
Leipzig. Wegen der Protestversammlungen findet die Gelgießer-, Gürtler-, Metalldreher- und Drückerversammlung am Sonntag, 2. Oktober, Vormittags halb 11 Uhr, im „Coburger Hof“ statt. Vortrag von Herrn Schriftsteller Wiesenthal: Ist Bildung von der klassischen Gelehrsamkeit abhängig? Die Mißstände bei Prichshaw & Köpfer.
Merzberg. Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Saaleschloßchen“.
Mühlhausen i. S. Montag, 3. Okt., Abds. 8 Uhr, bei Riethmüller, Franklinstr.
Neumarkt i. N. O. Samstag, 1. Okt., Abds. 8 Uhr, im Kofale.
Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Jammertal“. Vortrag des Genossen Penning.
Kathow. (Sektion der Brillen- und Vincenezarb.) Am 10. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Stockisch, Jägerstr.
Reimschid. Samstag, 8. Oktbr., Abds. halb 9 Uhr, Vortrag über: Welchen Einfluß haben die Arbeiter auf die Krankenversicherungsanstalten? Ref.: Kollege W. Koch.
Reutlingen. Samstag, 1. Oktbr., Abds. 8 Uhr, bei Köpfer, zum Gerberthor.



Schnigling-Pass. Sonntag, 2. Okt., Vorm. 10 Uhr, bei Joghut in Schnigling. Vortrag: Wahl eines Bevollmächtigten.

Stuttgart. (Allg.) Die Versammlung am 1. Okt. fällt des Parreittages wegen aus.

Stuttgart. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 8. Okt., Abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Uhlingerstr.

Ans i. J. Bevollmächtigter ist: Oswald Rein, Klempner, Schwarzenbergerstr. Die Verbandkollegen von Aue haben sich nur an Obigen zu wenden.

Berlin. Der Schlosser Karl Schulze, geb. zu Berlin am 5. Dezember 1877, sowie der Schlosser Hellmuth Uhl werden erucht, der Ortsverwaltung Berlin, Annenstr. 89, ihren jetzigen Aufenthalt wegen einer wichtigen Angelegenheit anzuzeigen. Alle Kollegen, welche zur Entzählung der Adresse der Benannten beitragen können, sind dringend darum gebeten. Die Ortsverwaltung.

Berlin. Die Bibliothek, welche sich nunmehr in den Räumen Annenstr. 89, part., befindet, steht fortan den Mitgliedern in der Zeit von Vormittags 9-1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr Nachm., Dienstag und Donnerstag von 9 bis 1 Uhr und 4-8 Uhr zur Verfügung offen. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie die ihnen in reichem Maße gebotene Gelegenheit benutzen, um ihr Wissen zu bereichern und durch gute Lesefreudigkeit sich Unterhaltung zu verschaffen.

Den Mitgliedern geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Laubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit.“ Billets zum Preise von 70 S., inkl. Garderobe, sind auf dem Verbandsbureau, Annenstr. 89, 1 zu haben. Bestellungen auf Billets nehmen sämtliche Kassierer entgegen.

Düsseldorf. Die Klempner Bruno Albrecht, geb. zu Gottleuba am 17. August 1878, Opt.-Nr. 248 521, Richard Schöbel, geb. zu Bernburg am 11. Januar 1879, Opt.-Nr. 252 949; Wilh. Weise, geb. zu Zabitz, Kreis Rügen, am 15. Febr. 1874, Opt.-Nr. 243 042, werden hierdurch aufgefordert, die entnommenen Bibliotheksbücher einzulösen.

Frankenthal. Samstag, 8. Okt., Abds. 8 Uhr, in der Turnhalle Stiftungsfest, verbunden mit Festrede von Gen. Wenzel und darauffolgendem Ball.

Orsch i. J. Der Maschinenbauer Hermann Gerbert, sowie der Dreher Richard Thiele, Bestreter angeblich in Chemnitz, werden aufgefordert, ihre Adresse an den hiesigen Bevollmächtigten einzulösen, damit ihnen ihre Mitgliedsbücher zugestellt werden können.

Grünberg i. Schl. Sonnabend, 8. Okt., in Naumann's Restaurant, Kegnertstr., Stiftungsfest. Eintritt 60 S., Damen frei.

Parleruhe. (Allg.) Samstag, 8. Okt., Abds. 8 Uhr, bei Rainbach, Kaiserstr. 13, Stiftungsfest, bestehend in Gesang, komischen Vorträgen und Lang. Kollegen haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches freien Zutritt. Einführung gestattet.

Poln. (Sektion der Klempner u.) Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Lokale des Herrn Schneider, Waidmarkt, zur „Glocke“. Derselbe ist jeden Abend von 8-9 Uhr und Sonntag von 11-12 Uhr Vorm. geöffnet. Die zureichenden Kollegen haben sich strikte an unseren Arbeitsnachweis zu halten.

Poln. (Sektion der Klempner u.) Sonntag, 2. Okt., Abds. 7 Uhr, Kistenabschiedsfest bei Herrn Schneider, Waidmarkt, zur „Glocke“.

Leipzig. Das Bureau der Metallarbeiter Leipzigs befindet sich im „Coburger Hof“, Windmühlentstr. und ist an Wochentagen von 9-1 Uhr und 4-8 Uhr geöffnet.

Oberursel. Das Verbandsorgan kann von jetzt ab bei Kollege Bruno Brütigam in Homburg, Wallstr. 3, abgeholt werden.

Pforzheim. Samstag, 1. Okt., in der Alten Seppel, Abschied der zum Militär einrückenden Kollegen.

Rothaem. (Sektion der Brillen- und Pincenzarbd.) Die Bohnung des Bevollmächtigten befindet sich vom 2. Okt. ab Nummer 10.

Reimscheid. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Nordstr. 34; des Kassiers: Burgstr. 34a. Hilfeunterstützung beim Kassier. — Herbergr bei A. Erieh, Bismarckstr. — Verkehrslokal bei G. Schnepfenbühl, Elberfelderstr.

Stuttgart. (Allg.) Am 17. Okt. beginnt der Zeichenkurs im lgl. Landesgewerbenuseum. Der Beitrag beträgt für Mitglieder 4 S., für Nichtmitglieder 5 S. Anmeldungen nehmen entgegen: Wall Hirschstr. 3; Gerlach, Rembrandtstr.; die Vorstände der Gürtler, Schmiede, Metzger, Allgemeinen Zahlstelle und die Schulkommission.

Zwickau. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Wilh. Winkler, Reichensbacherstr. 39. Dortselbst wird Abends von 7 bis halb 8 Uhr Hilfeunterstützung ausbezahlt. — Verkehrslokal im „Belvedere“, Thälitz. Dort ist jeden Sonntagabend Zahlabend.

**Öffentliche Versammlungen.**

Zwickau. Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Belvedere“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Quartalsabrechnung. Vortrag.

**Gestorben.**

In Königsberg Max Knapp, 25 Jahre alt, an der Proletariatskrankheit.

**Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands.**

Stuttgart, Redarkstraße 160, 1.

**Aufgaben ist verboten!**

Bei Scheiden um Zurechnung von Arbeit ist Verbot und Zurechnung, Geburtsort, Alter und Familienstand (als ledig oder verheiratet), sowie die Art der bisherigen als auch der gewöhnlichen Arbeit anzugeben. **Gebiet:** für Norddeutschland: mehrere Feilenarbeiter; für Süddeutschland: ein lediger Feilenarbeiter.

**Privat-Anzeigen.**

Der Feilenhauer Carl Frenschner aus Chemnitz wird um Angabe seines Aufenthalts gebeten. Mitteilungen an die Exp. ds. Bl.

**Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München gegründet 1895.**

Bar eingezahltes Aktienkapital: 44 Millionen Mark. Gesamtreserven: über 62 Millionen Mark. Ständige Kontrolle eines Regierungskommissärs. Die Versicherungs-Abteilung hat die

**„Mark-Versicherung“**

d. s. Versicherungen kleinerer Summen gegen monatliche Prämienzahlungen von einer Mark an eingetragt; daher auch dem Minderbemittelten Gelegenheit geboten, sich die Wohlthaten einer Lebensversicherung zu verschaffen; mit denkbar günstigsten Versicherungsbedingungen und Tarifen; ohne jede Barenpflicht. Die Bank übernimmt ferner:

alle Arten Lebens-, Leibrenten-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, sowie insbesondere

Allgemeine Reise-Unfallversicherungen und betreibt die

**Eisenbahn-Unfallversicherung.**

Nähere Auskünfte werden direkt von der Bank in München oder von deren Agenten kostenlos erteilt. Ebenso werden die Tarife, Grundbestimmungen und Prospekte gratis abgegeben.

Tüchtige Vertreter finden lohnendes Engagement.

Die Direktion.

243]

**Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit**

die Lederhose **Verkaufen** tragen. **Allein-Verkauf** für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrauen und braunen Streifen echtfarbig gedrukt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste Knappnähte, haltbare Nähmaterialien, breite, tiefe Leder-Pilottaschen, ein hohes bequemes Gesäß, richtig weit gearbeitete Schenkelflechte verleihen der Hose die größten Vorzüge. Der Hosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Reißer der angenähten Bundtheile ist daher ausgeschlossen. Die Knöpfe sind fest angenietet, nicht angenäht, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von

Bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. 4 Mk. 50

Obiger Preis gilt für normale Mannsfiguren. Versandt nach auswärts von 20 Mk an franko. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundweite und der inneren Schnittlänge.

**Baer Sohn**

Berlin N. Berlin SO. Chausseestr. 21a. Brückenstr. 11. Berlin O. Gr. Frankfurterstr. 16.

Jeder verlangt ungenügend und franko das 11. reich illustrierte 12 Seiten starke Preisbuch über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung. [217



**Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel**

liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen u. Vereine.

Jean Reize, Hamburg, Gr. Drebbin 45

Verlag sozialistischer Bilder. Illustr. Preislisten gratis und franco.

227]

Sobien erschien das neue Fraktionsbild der 122. Gen. Partei BSS.



**Quittungsmarken, Beattmarken, Kautschukstempel,**

sowie alle Praxearbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth

Konrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

[4

**An alle Metallarbeiter!**

Sobien erschien:

**Nachschlagebüchlein**

für Offertbriefe, Geschäftsverkehr, Postwesen

nebst

Bitteratur-Verzeichniß

von zirka 500

Metalltechnischen Schriften.

Von Charles Frei. Preis 50 Pfennig.

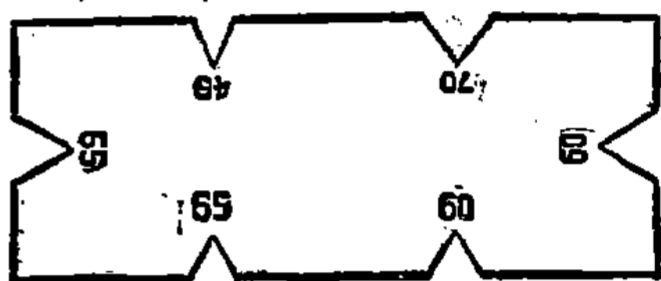
Dieses Büchlein ist für jeden Metallarbeiter verwendbar, ganz gleich ob derselbe Former, Dreher, Schlosser, Klempner, Schmied u. s. w. ist. Das Schriftenverzeichnis ist branchenmäßig geordnet. Bestellungen nehmen alle Vereinsvorsstände sowie Buchhandlungen entgegen.

Ferner liefert:

Support- und Reithochberechnungen für konische Arbeiten 53 Abb. 1 Tab. v. Charles Frei. M. 1,30. Mit Messingstäbchen für Supportabmessung M. 1,80.

Durch diese Berechnungen erspart der Dreher viel Zeit bei dem Drehen von Konusen aller Art, ein Vortheil, welcher bereits allseitig anerkannt ist.

Gewindeberechnungen von Aug. Doh. 40 Abb. 36 Tab. & M. 1,35 u. 5/4. Diese Berechnungen sind wohl, gleich wie die Supportberechnungen die besten zum Selbstunterricht. Näherstala für Whitworth- und Gasgewinde zum Werkstattgebrauch M. 0,15 u. 5/4. Vortrag über Gewindeberechnung M. 0,30 u. 5/4.



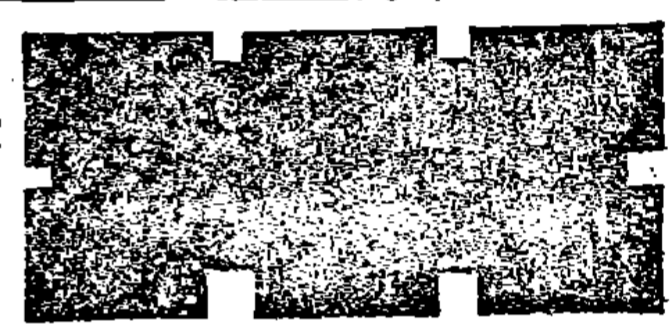
**Spitz-Gewindeleere**

für 70, 80, 55 u. 45 Grad. Preis M. 0,80.

**Flach-Gewindeleere**

für 3, 3 1/2, 4, 4 1/2, 5 und 6 Gang.

Preis M. 1,20.



**Stahlgliedermaßstäbe.**

1 Meter 10 Glieder M. 1,40. 6 " " " 1,80.



**Schiebleere.**

Nr. 3. Zungenlänge: 150 200 210 250 300 mm M. 3,40 3,75 4.- 4,55 6,50 Mit Spitzen & M. 1,20 mehr.

Nr. 2. Mit Mikrometerschraube und Spizen. Zungenlänge: 150 200 250 300 mm M. 7,60 8,20 8,80 9,80

Ohne Spizen à M. 1,20 weniger.

Hochfeine Auerkennungen. Prospekte franko. Vertreter hohen Rabatt. — Stets gern zu Diensten.

216] Aug. Loss, Siebichnein-Halle a. S.

**Lederhosenfabrikant**

W. Ad. Langer, Leubsdorf (Sachsen).

Liefert franko zum Engrospreise direkt an Private und Gewerkschaftsvereine seine bewährten

**Double-Lederhosen**

in Dunkelbraun, ganz stark, ohne Appretur, weich wie Sammt, mit Hanzwirnen genäht, mit ledernen Seitentaschen, Paar 2 1/2 Pf. schwer nur M. 5, mittelstark Paar nur M. 4,50.

Auf Wunsch liefere auch Hosen mit Kluppe, ganze Anzüge, sowie Stoff in beiden Qualitäten.

**Bestellungsschema (per Postkarte).**

Erfuche probeweise um recht baldige, streng reelle offertergetreue Zusendung per Nachnahme von ... Paar Hosen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ empfohlenen Lederhosen in ... Qualität, genau nach angegebenem Maß. Konvenirenden Probestellungen folgen zahlreiche Nachbestellungen. Folgen: Schnittlänge, Leibweite in Centimeter, genaue Adresse.

A. August Stengel in Silberdorf 9, Chemnitz (Sachsen).

207]

**Schern's**

**Reisehandbuch für wandernde Arbeiter**

2. Auflage. Mit 1 Eisenbahnkarte und zwei Straßenkarten, geb. M. 1,50. Ca. 2000 Jahresrechnungen u. Fingerring zur Berechnung des Reiselohnes bei den Zentralverbänden: Brauer, Former, Fabrikarb., Holzarb. (Sch.) Metallarb., Sattlarb., Bergolb., Schiffsb., Eisenarb., Kohlenarb. u. s. w. geb. M. 1,50. a. a. Buchbldg. u. Holz.

Leipzig. Jung von Klempnern fernhalten!